



## **Ausschuss für Schule und Bildung**

### **59. Sitzung (öffentlich)**

1. Oktober 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:02 Uhr bis 15:47 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkt:**

**Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung scheitert – Ministerin  
setzt Scheuklappen auf**

**3**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8888

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

\* \* \*



**Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung scheitert – Ministerin setzt Scheuklappen auf**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8888

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

**Vorsitzender Florian Braun:** Ich darf Sie alle herzlich zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung begrüßen. Wir freuen uns, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind und vielfach im Vorfeld schriftliche Stellungnahmen eingereicht haben. Sie dürfen davon ausgehen, dass diese wie immer von allen Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen intensiv studiert wurden, sodass sie uns als Grundlage für die heutige Diskussion dienen werden.

Einige waren schon öfter hier. Dennoch für das weitere Verfahren die Hinweise: Wir würden zuerst jeweils eine Frage von den Fraktionen einsammeln. Gerade in der ersten Runde sind wir da noch etwas großzügiger, was den Adressatenkreis angeht. Also können sich auch Fragen an Sie alle richten. Wir sammeln diese Fragen und gehen dann in die Runde der Sachverständigen, sodass Sie entsprechend dazu Stellung nehmen können.

Wie immer darf ich Sie freundlich darum bitten, den Zeitrahmen von drei Minuten pro Stellungnahme einzuhalten. Das soll ausschließlich dazu dienen, dass Sie alle möglichst gleich viel Redeanteile erhalten. Sobald diese erste Runde durch ist, verfahren wir mit weiteren Fragen genauso, bis die Abgeordneten keine Fragen mehr haben. Alles weitere würden wir in den folgenden Ausschusssitzungen wieder zur Beratung aufrufen, um uns über Ihre heutigen Expertisen auszusprechen und zu überlegen, wie sich das weiter auf den Antrag auswirkt.

So viel im Vorfeld. Ansonsten darf ich darauf hinweisen, dass der Livestream, wie üblich bei den Anhörungen, auch heute eingeschaltet ist. Allen Zuschauern im digitalen Raum ebenfalls ein herzliches Willkommen so wie auch allen Gästen, die hier mit im Raum sind, und den Vertretern der Landesregierung. Seien auch Sie uns herzlich willkommen. Ton- und Bildaufnahmen sind ansonsten bitte einzustellen.

Ich eröffne gerne die Fragerunde. Die erste Fragerunde obliegt der Kollegin der FDP-Fraktion. Frau Müller-Rech, bitte schön.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst einmal herzlich bei den Damen und Herren Sachverständigen für die Stellungnahmen bedanken, aber auch dafür, dass Sie heute hier sind und unsere Fragen beantworten.

Meine erste Frage möchte ich stellen an Frau Poth, Herrn Sina, Herrn Christoffer und an Frau Lensing. Ich möchte auf eine Stellungnahme vom Philologenverband eingehen, der heute nicht hier ist. Da hat der Philologenverband den hohen Anteil von Teilzeitkräften unter den Lehrkräften als problematisch bewertet. Jetzt ist eine Beschränkung

der Teilzeit Bestandteil des „Maßnahmenpakets Unterrichtsversorgung“. Ich möchte Sie daher fragen: Welche Anreize könnten geschaffen werden, um mehr Lehrkräfte dazu zu bewegen, in Vollzeit zu arbeiten? Wie bewerten Sie diese Maßnahme der Landesregierung im „Maßnahmenkonzept Unterrichtsversorgung“?

**Claudia Schlottmann (CDU):** Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön, dass Sie heute hier sind und auch für das Einreichen Ihrer Stellungnahmen. Meine erste Frage geht an Herrn Suermann, Frau Poth oder Herrn Lachner und an Herrn Christoffer.

Im Antragstitel formuliert die FDP den Vorwurf, Ministerin Feller würde Scheuklappen aufsetzen. Teilen Sie diesen Eindruck?

**Dilek Engin (SPD):** Auch wir bedanken uns, dass Sie heute hier erschienen sind und uns für die Anhörung zur Verfügung stehen. Unsere erste Frage geht an alle.

Haben Sie den Eindruck, dass sich die Belastungssituation an den Schulen verbessert hat, seitdem das Handlungskonzept der Ministerin im Dezember 2022 eingebracht wurde?

**Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE):** Vielen Dank für die eingereichten Stellungnahmen und dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen. Ich habe eine Frage an alle.

Sie geben alle in Ihren Stellungnahmen gute Ansätze für weitere und darüber hinausragende Maßnahmen für das „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“. Deswegen fände ich es spannend zu erfahren, welche davon Sie aktuell angesichts einer durchaus angespannten Haushaltslage an den Schulen für realistisch umsetzbar halten würden.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Ich hätte auch eine Frage an alle Anwesenden hier. Es geht um die berufsbegleitende Lehrerbildung. Dazu gibt es verschiedene Standpunkte. Ich würde Sie bitten, kurz Ihren Standpunkt zu erläutern.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank für die Fragen. – Frau Lensing, wenn Sie einverstanden sind, würde ich in der Runde beginnen. Sie haben auch Herrn Thrien mitgebracht. Sie dürfen sich da selbstverständlich gerne ergänzen, wenngleich ich darauf hinweisen darf, dass die 3 Minuten dann für Sie gemeinsam gelten.

**Caroline Lensing (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft):** Ich würde gern auf die erste Frage eingehen, wie das mit der Teilzeit aussieht. Wie können wir die Situation verbessern, dass mehr Kolleginnen und Kollegen in Vollzeit unterrichten?

Ich denke, eine Maßnahme wäre auf jeden Fall kleinere Klassen, kleinere Kurse. Denn dadurch wird insgesamt die Belastung deutlich gesenkt – sei es bei Korrekturen, sei es bei pädagogischen Maßnahmen. Das wäre eine ganz einfache Maßnahme, die sehr viel Effekt hätte. Grundsätzlich denke ich für die weiterführenden Schulen an eine

Senkung der Frequenz der Klassenarbeiten und Klausuren, Länge der Klausuren in der Oberstufe. Ich weiß, dass das im neuen Konzept für die Oberstufe angedacht ist. Da möchte ich noch mal bitten, bei der KMK deutlich zu machen, dass die Klausurlängen gesenkt werden müssen, um da eine Entlastung zu erreichen.

Insgesamt ist die restriktive Vorgehensweise bei den voraussetzungslosen Teilzeiten mit der größte Belastungsfaktor, weil das auch einen psychologischen Effekt in den Lehrerzimmern hat, auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht vorhaben, in Teilzeit zu gehen. Die Tatsache, dass diese Option nicht mehr da ist, hat einen Effekt in den Lehrerzimmern. Das macht eine unheimlich schlechte Stimmung, weil man in der Vergangenheit immer als Option im Hintergrund hatte, selbst, wenn man dabei auf Bezüge und Pensionsansprüche verzichtet, in Teilzeit gehen zu können.

Ich erlebe gerade im täglichen Geschäft, dass viele Kolleginnen und Kollegen Atteste einreichen, um in Teilzeit zu gehen. Sie werden dann von den Bezirksregierungen zum Amtsarzt geschickt. Im Endeffekt sind diese Kolleg\*innen in der großen Menge teildienstfähig. Das kann eigentlich auch nicht Sinn und Zweck des Maßnahmenpakets sein.

Ich gehe direkt auf die anderen Fragen ein. Eine Verbesserung der Belastung sehe ich nach dem Maßnahmenpaket in den Kollegien überhaupt nicht. Welche Maßnahmen realistisch umsetzbar sind? Das wäre für mich, vor allen Dingen die anderen Professionen vermehrt in die Schulen zu holen und dort für eine bessere Bezahlung zu sorgen.

Was die Lehrerausbildung betrifft: Eine ganz einfache Maßnahme wäre auch, das Praxissemester zu bezahlen, damit die Abbrecherquote in der Phase des Studiums nicht so groß ist.

Vielleicht möchte Herr Thrien zum Thema „Abordnungen“ noch ergänzen.

**Holger Thrien (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft):** Die Abordnungsregelung hat große Unruhe gebracht. Ich selbst musste wirklich gut gediente Kolleginnen an eine andere Schule abgeben. Es gibt unwahrscheinlich große Sorge bei den Kolleginnen und Kollegen – das möchte ich hier einfach anbringen –, eine große Unruhe, auch beim Thema „Schulentwicklung“. Wir sind an vielen Sachen dran und müssen da Leute, die gute Erfahrungen haben, abgeben.

Noch eine kurze Anmerkung: Die Erhöhung der Entfernungspauschale von 35 km auf 50 km dient auch nicht dazu, dass die Leute jetzt voll einsteigen. Wenn man Kinder morgens zur Kita bringen muss und was weiß ich noch alles, dann ist man froh, dass man dazu die notwendige Zeit hat. Das geht einfach nicht in der Vollzeit. Das ist, wie ich finde, auch eine Maßnahme, die nach hinten losgegangen ist.

**Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung):** Ich würde gerne zunächst auf die Frage zur Teilzeit eingehen und würde da die Aufmerksamkeit auf die Frage lenken, warum eigentlich so viele Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit sind.

Natürlich haben wir auf der einen Seite die jungen Kolleginnen und Kollegen, die Kinder haben. Da muss man sagen, die sind oft auch in einer hohen Teilzeit, weil sie ihre eigenen Kinder nicht betreut bekommen. Hier müsste man also so ansetzen, dass man die Betreuungsmöglichkeiten für die Lehrerinnen und Lehrer, die selber Eltern sind, erheblich verbessert. Da gibt es einen Punkt im Handlungskonzept, der dem absolut widerspricht, nämlich dass man den wohnortnahen Einsatz von 35 km auf 50 km erhöht hat. Das heißt, es kann jetzt dazu kommen, dass die Kolleginnen und Kollegen nach der Rückkehr aus der Elternzeit bis zu 50 km fahren müssen. Und das nennt man dann noch einen wohnortnahen Einsatz.

Der VBE ist der Meinung, dass dies tatsächlich kontraproduktiv ist. Das würde eher dazu führen, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Teilzeit ausweiten oder vielleicht erst gar nicht aus der Beurlaubung zurückkehren, weil sie den Arbeitsweg nicht zurücklegen können.

Wenn man sich dann auch die Kolleginnen und Kollegen anschaut, die in der sogenannten voraussetzungslosen Teilzeit sind, dann sind sie es ja deswegen, weil die Belastung einfach zu groß ist. Sie sagen: Ich schaffe mein volles Deputat nicht. Da muss man sagen – das passt auch zu der Frage von der SPD –: Die Belastungssituation hat sich nicht verbessert, im Gegenteil. Sie ist schlechter geworden.

Das Handlungskonzept umfasst viele Maßnahmen, die die Belastungssituation der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen eher steigert. Da muss man ansetzen, um dann vielleicht ein höheres Stundendeputat, also eine freiwillige höhere Teilzeit, erreichen zu können.

Ich würde auch gern auf die Frage eingehen, ob Frau Feller Scheuklappen aufgesetzt hat. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Die Zahlen sind immer noch dramatisch schlecht, muss man sagen. Aber uns ist wichtig, noch mal darauf hinzuweisen, dass man auch ehrliche Zahlen erheben muss. Eine besetzte Lehrerstelle heißt noch lange nicht, dass dort eine grundständig ausgebildete Lehrkraft ist. Auf die befristeten Stellen schaut man eigentlich gar nicht und auch nicht darauf, wie die besetzt sind. Und für eine ehrliche Bilanz muss man auf diese Zahlen schauen.

Zu weiteren Maßnahmen: Der VBE setzt hier auf die Unterstützung durch andere Professionen. Wenn man schaut, welche Belastungen auf die Schulen zugekommen sind, zum Beispiel durch die Digitalisierung, dadurch, dass Endgeräte verwaltet und eingerichtet werden müssen – das sind alles Dinge, die außerhalb des Stundendeputats geleistet werden müssen –: Hier brauchen wir Unterstützung durch andere Professionen, damit dort für Entlastung gesorgt werden kann.

Wenn ich noch darf: Zu OBAS (berufsbegleitender Vorbereitungsdienst) wurde auch gefragt. Der VBE steht dem durchaus positiv gegenüber, weil wir am Ende dieser berufsbegleitenden Lehrerausbildung auch grundständig ausgebildete Lehrkräfte haben. Im Vergleich zu den Personen, die wir im Seiteneinstieg haben, die „nur“ eine pädagogische Einführung machen, ist das qualitativ sehr viel höher einzuschätzen.

**Michael Suermann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Ich glaube, es war Frau Schlottmann, die gefragt hat, ob wir das teilen, dass die Ministerin

Scheuklappen aufsetzt. – Nein, ich glaube die Aussage trifft in der Form nicht zu. Wir sind erst mal froh, dass die Problematik angegangen wird. Es ist ein grundlegender Aspekt, dass erkannt wird, dass ein Lehrkräftemangel da ist und dass versucht wird, die Probleme zu bewältigen.

Jetzt aus Sicht der Berufskollegs: Wenn ich die Maßnahmen des Handlungskonzepts bewerten soll, sehe ich das als schwierig an, und zwar aus folgendem Grund: Wenn man die Lehrkräftebedarfsanalysen gegenüberstellt, ist es nicht wie in anderen Schulformen, wo ein Tiefpunkt aus dem kumulierten Saldo aus Lehrkräfteangebot und Bedarf besteht. Bei allen anderen Lehrämtern ist zumindest ein Tiefpunkt erkennbar, so dass Maßnahmen möglicherweise im Rahmen von Versetzungen, Abordnungen usw. durchaus etwas bringen könnten.

Im Berufskolleg sieht es so aus, dass im Prinzip durch die Pensionierungswelle, die 2031/32 einsetzt, überhaupt kein Tiefpunkt zu sehen ist. Das heißt, man löst kein einziges Problem damit. Man verschiebt ausschließlich den Mangel. Wir brauchen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung dieser Berufsgruppe. Ansonsten werden wir das Problem niemals lösen.

Was wir außerdem brauchen, sind dringend Vorgriffsstellen – die fordern wir seit Jahren –, dass wir jetzt Lehrkräfte einstellen können. Momentan wird es immer schwieriger, vor Jahren gab es noch Initiativbewerbungen. Die sind nicht mehr vorhanden oder nur noch in geringem Maße. Das heißt, man muss zu Zeiten einstellen, wenn Leute da sind.

Wir können natürlich alle darauf warten, dass die Wirtschaft zusammenbricht. Dann kriegen wir mehr Lehrkräfte ins berufliche System. Aber das kann ja nicht Sinn der Sache sein. Wir brauchen jetzt und vor allen Dingen, um diese Lücke, die entsteht, zu überspringen, ein positives Berufsbild. Das heißt: weg von der Belastung.

Frau Engin hat gefragt, ob sich die Lehrkräftebelastung verbessert hätte. Natürlich hat sich das nicht verbessert. Auch da brauchen wir weitere Maßnahmen. Dort gibt es auch Maßnahmen im Rahmen des Startchancen-Programms, um punktuell etwas zu machen. Aber das reicht bei Weitem nicht aus, um eine Entlastung zu erzielen und ein positives Berufsbild zu bekommen.

Zusammengefasst: Wir brauchen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung, und wir brauchen Vorgriffsstellen fürs Berufskolleg. Das Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung ist aus unserer Sicht nicht zielführend fürs Berufskolleg.

**Olaf Schmiemann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Vielleicht eine kurze Ergänzung. Von den Grünen kam die Nachfrage, welche Maßnahmen wir aufgrund der angespannten Haushaltslage für realistisch erachten würden. Wir glauben, dass eine Attraktivitätssteigerung auch ein Zeichen nach außen wäre, dass der Beruf attraktiver wird. Die Reduzierung von Nebentätigkeiten von Lehrkräften, also sich aufs Unterrichten konzentrieren zu können, kleinere Klassen, eine höhere Lehrerquote an den Schulen: Wir wissen, dass das gerade nicht unbedingt umsetzbar ist.

Wir wissen auch, dass die Straßen nicht gepflastert sind mit Lehrkräften, die auf Stellensuche sind. Aber das Zeichen zu setzen, „wir wollen was daran machen, die Stellen

sind in den Schulen vorhanden“, das würde im Moment gar nicht mehr Geld kosten, sondern nur auf lange Sicht. Aber es würde das System Schule attraktiver machen. Und das ist das, was wir brauchen. Junge Menschen, die nach dem Abitur sagen „wir sind sehr gut ausgebildet, wir wollen uns um die jungen Menschen kümmern“, kriegen wir gerade nicht ins System, weil der Ruf von Schule in der allgemeinen Wahrnehmung einfach negativ ist und allen gesagt wird: Da brauchst du gar nicht rein, das ist eine Mangelverwaltung.

Wir glauben, dass da viele Maßnahmen möglich sind, die jetzt gar kein Geld kosten würden, auf lange Sicht aber natürlich Geld kosten werden.

**Schulleiterin Sandra Gehrke (Städtische Montessori-Grundschule Lindenstraße, Düsseldorf):** In allen Stellungnahmen, die eingegangen sind, wurde sehr deutlich: Wir haben ein Problem im System. Da sind sich alle absolut einig. Die Frage ist, wie dieses Problem zu lösen ist.

Da kann man jetzt viel drüber diskutieren. Die Maßnahmen, die ich höre, sind in meiner Wahrnehmung ein Pflaster, lösen aber das Problem nicht grundlegend. Ich glaube, dass es viel tiefgreifendere Maßnahmen bräuchte, um dieses Problem zu lösen. Ich halte auch, ehrlich gesagt, relativ wenig davon zu sagen: Wir müssen jetzt wahnsinnig viel an zusätzlichen Professionen erschaffen.

Wir haben zum Beispiel die MPT-Kräfte in multiprofessionellen Teams erschaffen, weil wir festgestellt haben, es gibt nicht genug Sonderpädagogen. Die werden jetzt, obwohl sie ein nicht definiertes Aufgabenfeld haben – man weiß gar nicht, wer sich eigentlich darauf bewirbt –, im Stellenplan genauso wie die Sonderpädagogen gezählt. Das ist eine Mogelpackung.

Das haben wir an anderen Stellen auch. Das haben wir bei Schulverwaltungsassistenten, die versuchen, irgendwelche Dinge abzunehmen, die zusätzlich in die Schulen reingetragen werden.

Das Handlungspaket, das auf dem Tisch liegt, bringt keine Entlastung. Die Situation verschärft sich zunehmend immer weiter. Nach meinem Dafürhalten ist die einzige Kehrtwende, die es geben kann, ein duales Studium. Das wäre aus meiner Sicht die große Maßnahme, die es bringen könnte. Wir hätten sofort motivierte Menschen im System, die in der Schule wären, die teilweise in den ersten Jahren über die Universität fachlich qualifiziert werden und im weiteren Fortgang über das ZfsL auch praktisch qualifiziert werden. Das würde am Ende des Weges nicht mehr Geld kosten als das, was wir jetzt an Hinhaltenaktik haben, indem wir Vertretungskräfte in unser System holen.

Diese Vertretungskräfte sind teilweise nicht qualifiziert und müssen trotzdem von heute auf morgen dieses System stemmen. Es sind Studierende, die den Beruf eigentlich noch lernen sollen, die jetzt ins kalte Wasser geschmissen werden, die den Job von heute auf morgen machen müssen. Das alles trägt nicht zu einer Qualitätssteigerung bei, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Deswegen tut es mir leid für diese Leute, die da mit in diesem System sind. Aber was sollen die Schulen machen? Sie haben keine andere Alternative. Entweder sie greifen



auf diese weniger qualifizierten Leute zurück, oder sie haben niemanden. Das ist einfach die Realität jetzt an Schulen. Wir werden es – mit Verlaub – weder durch ein paar Vorgriffstunden noch durch kleinere Klassen am Ende des Weges schaffen, dass mehr Lehrkräfte sagen: Mensch, das ist ein super System. Da gehen wir hin und machen unsere zukünftige Ausbildung drin!

Ich glaube, es braucht einen grundlegenden Wandel, auch mit mehr Blick auf die Universitäten. Wir haben einen guten Blick auf die Universitäten und sehen, wer da unter welchen Voraussetzungen studieren muss und wie schwierig es ist, die Kurse zu bekommen, überhaupt in sechs oder sieben Jahren dieses Studium fertigzubekommen. Das ist eine große Schwierigkeit. Die Universitäten sind relativ frei in der Ausgestaltung. Es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Standorten.

Am Ende des Weges greifen wir dann auf Leute zurück, wobei sich die grundständig ausgebildeten Leute, die sich durch die lange Ausbildung gequält haben, auch fragen: „Mensch, ich bin den langen, schwierigen Weg gegangen und andere Leute gehen die Abkürzung und kommen darüber hinein?“ Das ist ein Gesamtpaket, das schwierig ist. Mein Appell: Seien Sie mutig in Ihren Entscheidungen!

**Martin Sina (Rheinische Direktorinnen- und Direktoren-Vereinigung):** Es ist ganz vieles gesagt worden. Ich glaube, wir widersprechen uns auch heute nicht großartig, höchstens in Nuancen.

Ich versuche ein bisschen zu fokussieren. Ich glaube nicht, dass wir die hohe Teilzeitquote im Lehrerberuf grundlegend runterkriegen werden. Der Lehrerberuf hat unter anderem seine Attraktivität deswegen, weil es ein Beruf ist, der sich zumindest scheinbar gut mit Familie usw. vereinbaren lässt. Er ist für junge Frauen sehr attraktiv. Wir haben zunehmend auch in den Gymnasien locker zwei Drittel Frauen, die wir einstellen, teilweise sogar mehr. Die Teilzeitquote, gerade bei jungen Menschen, die eine Familie gründen, ist im Lehrerberuf dadurch auch sehr hoch.

Ich möchte es auch mal positiv sehen. Ich habe an meiner Schule ein Paar, die beide 20 Stunden arbeiten, zwei Kinder haben und dadurch wirklich ganz hervorragende Arbeit schaffen. Insofern ist Teilzeit erst mal nichts Böses. Es ist in Schule in Ordnung, wenn Teilzeit so ausgestaltet ist, dass die Menschen es tatsächlich schaffen können, eine gesunde Teilzeit zu machen. Und dann sind wir beim Problem: Die ganzen Aufgaben, die Lehrer zusätzlich zum Unterricht machen müssen, werden bei Teilzeit nicht weniger. Dadurch ist Teilzeit eigentlich ein unattraktives Modell. Ich glaube, wir bekommen viel mehr Leute in Schule rein, wenn wir Teilzeit attraktiv machen.

Das bedeutet, nach Elternzeiten zum Beispiel auch unterhäftige Teilzeiten regelmäßig zu ermöglichen. Es ist oft ein Wunsch, sechs, acht Stunden zu unterrichten. Wenn voll ausgebildete Lehrkräfte das tun, ist uns da in Schulen mit geholfen.

Wir müssen die Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte auf ein vernünftiges Maß runterkriegen. Die multiprofessionellen Teams, zu denen Sie sich gerade kritisch äußerten: So, wie Sie es geschildert haben, bin ich da genauso kritisch. Aber bei multiprofessionellen Teams reden wir nicht über Aushilfskräfte, die nichts gelernt haben, sondern wir reden über Menschen, die Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, IT machen, Verwal-

tungstätigkeiten übernehmen. Das fordern wir. Wir fordern den Einstieg so schnell wie möglich. Diese Stellen müssten an jeder Schule da sein.

Das Argument, was man immer wieder hört, die gebe es auf dem Markt nicht, das zieht ja nicht. Da komme ich zu der letzten Frage, wie das angesichts der angespannten Haushaltslage geht: Geben Sie jeder Schule die Möglichkeit. Wir werden die Stellen erst mal nicht besetzen können. Das wird auf die nächste Legislatur rausgeschoben. Und irgendwann, wenn klar ist: An Schulen gibt es attraktive Arbeitsplätze für Verwaltungsangestellte, die in Stadtverwaltungen gelernt haben, dann werden die auch kommen.

Beim Thema „angespannte Haushaltslage“ werde ich tatsächlich ein bisschen kribbelig. Ganz ehrlich: Das kann nicht das Argument sein. Bildung ist sackteuer. Aber jeder Euro, der nicht für Bildung ausgegeben wird, fliegt uns hinterher doppelt um die Ohren. Diese Investition in die Zukunft, das erwarte ich wirklich, muss der Landtag tun. Das muss er anpacken. Und dass Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den drittniedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler ist ... Ich weiß, dass solche Statistiken schwierig sind. Dass Berlin oben liegt, liegt daran, dass die als Schulträger auch die Gebäude mit reinrechnen und deswegen da 11.000 Euro statt 2.800 Euro haben. Trotzdem: Nordrhein-Westfalen muss mehr Geld ausgeben.

Lehrerstunden müssen Unterrichtsstunden sein. Das heißt, unterrichtsfremde Tätigkeiten durch Menschen machen zu lassen, die das besser können. Klassenfahrten buchen muss kein Lehrer. Das ist Quatsch. Geld verwalten muss kein Lehrer. Das ist auch viel zu hoch bezahlt. Die Organisation von Schulbüchern mit A 14 zu entlohnen, das ist einfach bekloppt. Entschuldigung, dass ich das so deutlich sage. Das ist keine Aufgabe, für die man Oberstudienrat sein muss und dann noch zwei Entlastungsstunden bekommt. Das ist am Gymnasium peinlicherweise so. Ich gebe die Stelle sofort gerne zurück!

Die Frage der AfD zur berufsbegleitenden Lehrerausbildung: Wir sind da ganz offen. Sie finden in unserer Stellungnahme, Herr Blex, auch die Ausführungen der Bundesdirektorenkonferenz zu dem Thema, also der Gymnasialschulleiter bundesweit. Sowohl duales Studium als auch alle berufsbegleitenden Wege hin zum Lehrerberuf müssen wir anbieten, einfach deswegen, weil das klassische Bildungsbürgertum, also die Schülerinnen und Schüler, die in der Schule die besten Leistungen bringen, die sind, die wir gerne in der Schule hätten. Das sind oft Kinder, deren Eltern Rechtsanwälte, Mediziner, Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmensberater und ähnliches sind. Die werden leider nicht Lehrer.

Wir müssen die Hochbegabten aus bildungsferneren Elternhäusern gewinnen. Dafür wäre zum Beispiel ein duales Studium in meinen Augen ein prima Weg, den wir einmal andenken müssten. Ich weiß, dass das Ministerium dagegen große Vorbehalte hat. Die Gründe sind auch nachvollziehbar. Aber ich finde, wir müssen nach Wegen suchen und nicht nach Gründen.

**Sven Christoffer (lehrer nrw):** Hat die Ministerin Scheuklappen auf? Ich glaube ehrlicherweise, dass es nicht **die** eine einzige Maßnahme gibt, mit der man den Lehrkräftemangel beseitigen kann. Insofern hat die Landesregierung ein Maßnahmenpaket

aufgelegt und da auch einige gute Maßnahmen entwickelt, die hilfreich sind, aber die es natürlich nicht ermöglichen, innerhalb eines Jahres unseren Lehrkräftemangel auf null zu reduzieren.

Trotzdem hat es in diesem Maßnahmenpaket auch einige Härten gegeben. Insbesondere halten wir die Beschränkung der voraussetzungslosen Teilzeit für einen schweren Fehler, weil wir glauben, dass sie Kollateralschäden anrichtet. Zum einen machen viele Kolleginnen und Kollegen gesundheitliche Gründe für ihre Teilzeit geltend, werden dann zum Amtsarzt geschickt und teildienstfähig geschrieben. Das ist eine sehr teure Lösung fürs Land und auch keine gute Lösung für diese Lehrkräfte.

Zum anderen stand auch in vielen Stellungnahmen, dass wir über 900 Kündigungen und Quittierungen des Dienstes im letzten Jahr hatten. Da wäre tatsächlich zu eruieren, ob es da auch welche gibt, denen man die Teilzeit versagt hat und die deswegen nicht mehr im Landesdienst tätig sind.

Hat sich die Belastungssituation verbessert? Ich würde es eher andersherum formulieren. Ziel war nicht, die Belastungssituation zu verbessern, sondern die Unterrichtsversorgung. Auch da hat man wieder den Kollateralschaden in Kauf genommen, dass das offensichtlich nur über eine höhere Belastung von Lehrkräften zu gehen scheint, über die Abordnungen, über die Beschränkung der voraussetzungslosen Teilzeit.

Ich denke aber, dass die Landesregierung sich auch dessen bewusst ist, dass das nur ein Notinstrument für einen vorübergehenden Zeitraum sein darf. Denn langfristig ist allen bewusst, dass wir den Arbeitsplatz Schule attraktiver gestalten müssen, um wieder mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen.

Anreize schaffen, um Teilzeitkolleginnen und -kollegen in die Vollzeit zu heben: Es gibt einen Paragraphen in der ADO, der besagt, dass die außerunterrichtlichen Dienstplichten von Teilzeitlehrkräften entsprechend proportional abgesenkt werden sollen. In der Realität passiert das aber häufig nicht. Teilweise ist das Gegenteil der Fall.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wenn Sie an einer Halbtagsrealschule oder Hauptschule arbeiten, dann stehen da von der ersten bis zur sechsten Stunde insgesamt 30 Stunden zur Verfügung. Eine Vollzeitlehrkraft mit 28 Stunden hat da eigentlich nur noch Platz für zwei Mehrarbeitsstunden, weil ansonsten der Stundenplan schon gefüllt ist. Anders sieht das bei den Teilzeitlehrkräften aus. Die haben mehr Lücken im Stundenplan und werden deswegen häufig für Mehrarbeit eingesetzt. Da muss man ran.

Ein Hinweis ist es vielleicht, dass man mal auf das Hamburger Arbeitszeitmodell schaut. Das hat viele kritische Facetten. Es ist kein Wunder, dass Teilzeit in Hamburg so attraktiv ist. Man hat anerkannt, dass es bestimmte Aufgaben gibt, die nicht teilbar sind. Deswegen werden die vollumfänglich auf die Arbeitszeit dieser Teilzeitlehrkräfte angerechnet. Wenn man hier Anreize schaffen will, muss man überlegen, ob man in die Richtung gehen will.

Zu den weiteren Anregungen: Kostenneutral kann ich es nicht machen. Aber ich glaube, dass Schule, die heute nicht mehr multiprofessionell ist, auch nicht mehr zeitgemäß ist. Das heißt, es gibt immer noch Schulen im Land, die keinen Anspruch auf nicht lehrendes pädagogisches Personal haben, aus unterschiedlichen Gründen –

vielleicht weil sie keine Schulen gemeinsamen Lernens sind, weil die Lehrkräfteausstattung erst mal auskömmlich ist. Die Situation an den Schulen zeigt aber, dass auch diese Schulen Unterstützung brauchen. Insofern plädiere ich für einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit.

Zu der berufsbegleitenden Lehrerausbildung: Ich habe überhaupt kein Problem mit Kolleginnen und Kollegen, die die OBAS durchlaufen. Das sind am Ende für mich grundständig ausgebildete Lehrkräfte. Große Probleme habe ich mit den Kolleginnen und Kollegen, die nur die PE (Pädagogische Einführung) durchlaufen können, weil ihnen die Voraussetzungen für die OBAS fehlen. Die erhalten niemals ein zweites Staatsexamen. Das sind immer Lehrer „zweiter Klasse“, jedenfalls fühlen sie sich so. Das führt am Ende zu großer Frustration. Da muss dringend nachgebessert werden.

**Birgit Völxen (Landeselternschaft der Grundschulen NRW):** Vielen Dank auch im Namen unseres Vorstandes, heute hier sprechen zu dürfen. Die Frage, ob sich etwas verbessert hat, können wir aus dem System heraus so nicht beantworten. Aber wir können als Landeselternschaft anhand kleiner Parameter erkennen, dass die Rückmeldungen von Eltern aufgrund von Problemlagen an uns nicht weniger, sondern mehr werden. Wir stellen fest, dass man die Lehrkräfte positiv sieht bei dem, was sie tun, wobei die Eltern die Grenzen sehen, was innerhalb der Belastungsgrenze machbar ist. Wir möchten sagen, die Maßnahmen haben noch nicht gegriffen. Ob sie greifen konnten, können wir jetzt noch nicht wirklich beurteilen.

Was sollte man tun mit Blick auf die Haushaltslage? Ich finde es schwierig, die Haushaltslage nur für den Moment zu betrachten, statt die gesamte Zukunft mit in den Blick zu nehmen. Denn wenn wir heute im Bereich Bildung – Frau Poth hat es deutlich gemacht – den Zusammenhang zu der Betreuung noch mitnehmen, dann wird uns das hinterher viel mehr kosten.

Und es kostet uns heute schon. Es kostet nämlich Arbeitskräfte, die nicht nur im Lehrberuf, sondern auch woanders fehlen, wenn die Betreuung nicht da ist. Grundschulen sollen nachmittags Bildung und Betreuung gleichzeitig liefern. Da sehen wir deutlich, dass noch Maßnahmen ergriffen werden müssen, um am Ende nicht noch viel mehr zahlen zu müssen. Wirtschaftlich – gar nicht mal humanistisch betrachtet –, volkswirtschaftlich können wir es uns nicht erlauben, hier zu sparen. Das ist Elternsicht in klarer Form.

Im Kleineren gedacht – welche Aufgaben? Wir sehen, wie vorher schon angesprochen, dass sich viele Professionen unter dem Dach Lehrkraft tummeln: Sekretariat, Hausmeister, alles mögliche andere. Da sehen wir durchaus Bedarf, auch im IT-Bereich. Wir sehen es als ganz dringend an, dass in möglichst alle Schulen Schulsozialarbeiter kommen. Sonderpädagogen können wir nicht im 3D-Drucker drucken. Das ist klar. Aber auch in diesem Bereich muss man deutlich aufstocken.

Wir haben bei den flexiblen Mitteln für die Schuleingangsphase gesehen: Die Vertreterinnen und Vertreter haben einen klar umrissenen Aufgabenbereich bekommen. Aber immer, wenn wir sagten, das oder das müsste noch getan werden, wurde das diesen noch mit aufgedrückt, zumindest im politischen Gespräch, hoffentlich nicht in

der Praxis. Bei vielen anderen Professionen, die jetzt in Schule sind, ist der Aufgabenbereich nicht klar definiert. Das führt auch innerhalb des Kollegiums zu Schwierigkeiten, die sich dann in Richtung Eltern widerspiegeln. Die Problematik ist dann: Wer ist mein Ansprechpartner? Was muss ich tun? Das kann zu Mehrarbeit führen, die eigentlich unnötig wäre, wenn Rollenklarheit da wäre.

Coaching und Supervision für die Kollegen könnte ich mir wunderbar vorstellen. Ich stelle mir vor, dass das von den Lehrkräften gewünscht wird. Zumindest hören wir das immer wieder. Es ist sicherlich keine kurzfristige Maßnahme, sondern eine sehr langfristige: Es wäre wunderschön, wenn die Schulfinanzierung anders geregelt würde und das Wort „Konnexität“ nicht immer hin- und hergespielt würde.

Wir als Eltern sagen, wir sind Steuerzahler. Welcher Teil der Steuern für Schule genutzt wird, sofern es in ausreichendem Maße geschieht, wäre uns egal.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Ich eröffne die zweite Fragerunde.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Vielen Dank für die Antworten, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, aus der ersten Runde. – Ich möchte in der zweiten Runde, Herr Christoffer, etwas aufgreifen, was Sie zum Schluss Ihres Statements angerissen haben, nämlich die Forderung des Seiteneinstiegs in den Lehrerberuf. Da haben Sie sehr eindrücklich gesagt, wie sich da manche Seiteneinsteiger fühlen und dass ihnen auch Perspektiven fehlen.

Deswegen möchte ich die Frage an Sie stellen, aber auch an Herrn Suermann und Frau Poth, welche Maßnahmen jetzt aus Ihrer Sicht notwendig sind, um den Seiteneinstieg in den Lehrerberuf zu fördern. Welche zusätzlichen Maßnahmen brauchen wir da, um zum einen mehr Seiteneinstieg zu bekommen, aber die Menschen auch langfristig zu halten? Sehen Sie da auch die Möglichkeit von finanziellen Anreizen?

**Claudia Schlottmann (CDU):** Welche kurzfristigen Alternativen zu den getroffenen Maßnahmen sehen Sie mit Blick auf die fehlenden Ressourcen?

Diese Frage geht bitte an Herrn Sina, an Herrn Christoffer und an Herrn Suermann.

**Dilek Engin (SPD):** Meine Frage geht zunächst an den Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs. Sie haben gerade geschildert, welche Schwierigkeiten das Handlungskonzept mit sich bringt, vor allem für den Bereich der Berufskollegs. Daher meine Frage: Gelingt es weiterhin, dass Sie Meister und Techniker als Werkstattlehrerinnen und -lehrer in der Laufbahngruppe 2.1 gewinnen können, oder haben Sie dort auch Schwierigkeiten?

**Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE):** Ich habe eine Frage an Herrn Suermann ergänzend, weil Sie eben angedeutet hatten, dass Vorgriffsstellen beispielsweise für die Schulform Berufskolleg hilfreich wären. Sie sagten auch – das wird auch in Ihrer Stellungnahme deutlich –, dass das Handlungskonzept für die Schulform, für die Sie

sprechen, noch nicht in dem Sinne greift. Welche Maßnahmen wären darüber hinaus noch vorstellbar, die Ihnen gerade helfen würden?

**Dr. Christian Blex (AfD):** Bei mir geht es um die Unterrichtsversorgung in den MINT-Fächern. Das ist von Herrn Christoffer in seiner Stellungnahme angesprochen worden. Ich würde aber auch gerne Frau Poth, Herrn Sina und auch Herrn Christoffer dazu hören, wie man den Seiteneinstieg im Bereich der MINT-Fächer – denn der Mangel dort ist eklatant – attraktiver machen könnte.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank. – Dann haben wir alles zusammen. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt in umgekehrter Reihenfolge bei Herrn Christoffer beginnen.

**Sven Christoffer (lehrer nrw):** Grundsätzlich – das habe ich eben schon deutlich gemacht – denke ich, dass wir langfristig nur gewinnbringend von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern profitieren können, wenn wir es ihnen irgendwie ermöglichen, das zweite Staatsexamen zu machen, und ihnen auch entsprechende Laufbahnbeförderungsmöglichkeiten anbieten.

Nun muss man überlegen, wie man das mit Menschen hinbekommt, die beispielsweise die Voraussetzungen nicht erfüllen, nur die PE haben. Mein Plädoyer wäre da, Ihnen zu ermöglichen, berufsbegleitend ein zweites Fach an der Universität nachzustudieren, damit ihnen dann die Möglichkeit gegeben wird, über OBAS ein zweites Staatsexamen abzulegen.

Da komme ich zu dem MINT-Aspekt. Die Lehrerentgeltordnung ist unglaublich kompliziert. Sie hat auch gewisse Tücken, die zum Beispiel auch bedingen, dass der Seiteneinstieg für MINT-Kolleginnen und -Kollegen unattraktiv wird. Wir haben die Angleichung im Eingangssamt an der Grundschule an SEK I nach A 13. Das zieht aufgrund der sogenannten Paralleltabelle im Tarifbereich nach sich, dass voll ausgebildete Lehrkräfte und die sogenannten „besten Seiteneinsteigenden“, also diejenigen mit einem ersten Staatsexamen, aber ohne zweites Staatsexamen, auch nach E 13 hochgezogen werden. Das bedeutet aber beispielsweise für die Kolleginnen und Kollegen, die im MINT-Bereich Seiteneinsteiger sind, dass sie diese Hürde nicht nehmen können, weil sie kein erstes Staatsexamen haben. Das können wir wahrscheinlich nicht auf Länderebene lösen.

Ich würde aber schon an das Land NRW appellieren, sich bei der Tarifgemeinschaft der Länder dafür einzusetzen, dass wir da Lösungen finden, die beispielsweise auch diesen wirklich gesuchten Kolleginnen und Kollegen aus dem MINT-Bereich die Möglichkeit geben, über die Paralleltabelle nach E 13 hochgruppiert zu werden, was aufgrund der jetzigen tarifrechtlichen Lage nicht möglich ist.

Wenn ich die Frage richtig verstanden habe, Frau Schlottmann, hatten Sie gefragt, wie man Attraktivität sozusagen ressourcenneutral steigern kann. Ist es das?

**Claudia Schlottmann (CDU):** Nicht ganz. Ich habe gefragt, wie in Ihren Augen die kurzfristigen Alternativen zu den bisher getroffenen Maßnahmen aussehen könnten, auf Basis welcher Ressourcen.

**Sven Christoffer (lehrer nrw):** Ich denke, dass man bei den Maßnahmen, mit denen man eingestiegen ist, vielleicht neu nachdenken kann, ob man sie noch weiterführen kann, Stichwort: Anzahl der Klassenarbeiten in bestimmten Jahrgangsstufen.

Es gibt gute Gründe, warum man beispielsweise in der Jahrgangsstufe 5 und 6 dabei geblieben ist und da nicht die Anzahl der Klassenarbeiten reduziert hat. Aber es gibt noch genügend andere Jahrgangsstufen, wo aus meiner Sicht ein Stück weit neu nachgedacht werden sollte. Ich habe es an anderer Stelle schon mal gesagt: Ich bin auch nicht sicher, ob es zielführend ist, dass im Sek-II-Bereich Klassenarbeiten oder Klausuren immer noch sechsstündig abgehalten werden müssen. Ich glaube: Was man aus dem Schüler nach vier Stunden nicht rausgequetscht hat, das wird man wahrscheinlich in sechs Stunden auch nicht mehr rausquetschen. Das würde aber sicherlich dazu führen, dass die Umfänge dieser Klausuren ein Stück weit reduziert werden.

Ich meine, so ganz ressourcenneutral bekommen wir das nicht hin. Da muss man sich auch ehrlich machen. Das ist auch schon erwähnt worden. Bildung kostet einfach Geld. Aber ich finde, dass Verwaltungsassistenzen, Digitalassistenzen, jetzt auch Alltagshelferinnen und Alltagshelfer vergleichsweise günstige Lösungen sind, was den finanziellen Aufwand angeht. Aber sie helfen eben ganz viel an Schule. Insofern würde ich in die Richtung weiterdenken, dass man durch die Einstellung von solchem nicht pädagogischem Personal, das aber trotzdem viel Arbeit abnehmen kann, die sonst bei den Lehrkräften hängenbleibt, noch mal nachsteuert.

**Martin Sina (Rheinische Direktorinnen- und Direktorenvereinigung):** Ich fange mit der Unterrichtsversorgung in den MINT-Fächern an. Das geht schneller. Vor 20 Jahren ungefähr hatten wir auch eine große Krise, wenig Lehrer in den MINT-Fächern. Es gab relativ großzügige Regelungen, in OBAS einzusteigen, also in ein Referendariat, idealerweise damals mit einer halbjährigen vorgelagerten pädagogischen Einführung. Dann folgte ein anderthalbjähriges Referendariat. Es wurden relativ großzügig Leistungen anerkannt. Diplomchemiker bekamen zum Beispiel klassisch Physik anerkannt, Diplomphysiker bekamen Mathematik anerkannt.

Ich hatte zu der Zeit das Vergnügen, diese Menschen im Studienseminar auszubilden. Da waren sehr viele wirklich hochgradig geeignete Menschen dabei, aber auch viele nicht geeignete, die das dann nicht geschafft haben. An vielen Schulen haben wir diese Menschen immer noch, die da als vollwertige Lehrkräfte unterrichten. Das war attraktiv, weil der Lehrerberuf eigentlich attraktiv ist. Er wird sehr gut bezahlt – das muss man sich immer wieder deutlich machen. Lehrer werden ganz hervorragend bezahlt in Deutschland. Damit sollte man ein bisschen mehr Werbung machen, finde ich. Das wäre für mich eine Möglichkeit, das tatsächlich wieder auszuweiten.

Kurzfristige Maßnahmen angesichts fehlender Ressourcen: Da habe ich mich gefragt, Frau Schlottmann: Meinen Sie damit Geld oder Personal? – Beides. Ich glaube, das Problem ist aber tatsächlich das Personal, sind die Menschen. Es ist im Moment gar

nicht das Geld. Wir kriegen die Stellen oft gar nicht besetzt, wenn es sie denn gibt. Es ist an den Gymnasien für 26/27 gelungen, die Stellen weitgehend zu organisieren. Die werden im Anschluss den Grundschulen und anderen Schulformen abgezogen. Da weiß ich noch nicht, wie das werden soll. Aber welche kurzfristigen Maßnahmen können wirken?

Es ist klar, das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung hat in den Schulen noch nicht viel gebracht. Das ist ein langfristiges Maßnahmenbündel. Ich glaube, wir müssen die Arbeitszufriedenheit steigern. Wir müssen die Möglichkeiten steigern, dass die Kolleginnen und Kollegen viel unterrichten können; auch gerne mehr unterrichten können, als sie jetzt unterrichten, im Sinne von Teilzeiten aufstocken. Dafür müssen wir Möglichkeiten finden, dass das funktioniert. Es wurde schon genannt: Korrekturen. Das Ministerium hat in der 7. und 8. Klasse die Anzahl der Klassenarbeiten bereits runtergefahren. Der Entwurf zur Oberstufenreform wird die Klausurdauern dort massiv runterfahren. Wir werden, denke ich, da viel mit zweistündigen Klausuren arbeiten können.

Überflüssige Dinge könnten abgeschafft werden. Lieblingsthema von uns ist die ZP10 am Gymnasium, die überflüssig wie ein Kropf ist. Niemand weiß, wofür sie dient, aber sie muss gemacht werden – und das mit einem Riesenaufwand. Gerne eine zentrale Klausur zu der Zeit, aber nicht mit diesem unfassbaren Aufwand mit Zweitkorrektur usw.!

Bürokratieabbau insgesamt, vernünftiges Backoffice in den Bezirksregierungen. Das heißt: bessere Ausstattung der juristischen Abteilungen vor allen Dingen in den Bezirksregierungen, den Dezernaten 47 und 48, dass Schulen da anrufen können und nicht in irgendwelchen Videokonferenzen alle drei Monate ihre Fragen stellen dürfen, sondern tatsächlich Menschen finden, die sie anrufen können und von denen sie Unterstützung bekommen für all die Probleme, die es gibt.

Wir müssen weg von einer Fixierung auf die immer weiter ausufernde Kompetenzüberprüfung hin zu mehr Zeit für Kompetenzaufbau. Das ist nämlich unsere Arbeit. Also: runter mit den Prüfungszeiten und rauf mit der Unterrichtszeit. – Danke.

**Michael Suermann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Lehrkräfte am Berufskolleg unterrichten in allen Anlagen des Berufskollegs. Das heißt, angefangen von der Ausbildungsvorbereitung, Zielsetzung Hauptschulabschluss, über die gymnasiale Oberstufe bis hin zum Bachelor Professional, das heißt DQR-Niveau 6. Das ist all das, wo die Leute eingesetzt werden dürfen. Das Berufskolleg hat um die 30 Bildungsgänge. Das heißt, es ist ein unglaublich vielseitiger Beruf.

Wir konkurrieren nicht nur mit den Gymnasien um die Lehrkräfte, wir konkurrieren auch mit der Wirtschaft um die Lehrkräfte. Im Klartext heißt das, wir haben ein riesenproblem, weil wir eine starke Konkurrenz haben. Gerade die Mangelbereiche betreffen natürlich auch die technischen Felder wie Elektrotechnik, Informationstechnik etc. Die Leute gehen oft aus finanziellen Gründen in die Wirtschaft. Da ist die Frage, ob man dort nicht über die Eingruppierung etwas machen könnte, um einen höheren Anreiz zu schaffen.



Auf der anderen Seite ist die Stellenausschreibung auch eine ganz andere Praxis. Wenn ich in die Wirtschaft schaue, mir Stellenausschreibungen von Stepstone anschau: Da sucht ein Betrieb Mitarbeiter, gar kein Problem. Die Stellen stehen dort auch lange drin, sodass sich viele Leute darauf bewerben können.

In der Schule ist es so, dass die Stellen zugewiesen werden. Dann kann die Schule über einen kurzen Zeitraum diese Stelle ausschreiben. Normalerweise schreibt eine Schulleitung keine Stelle aus, wenn sie nicht weiß, dass sich jemand darauf bewirbt, weil die Stelle dann wieder verfällt. Diese Praxis passt nicht zusammen mit der in der Wirtschaft. Das ist Planwirtschaft gegen Marktwirtschaft. Dort haben wir eigentlich keine Chance. Wir brauchen eine andere Praxis der Stellenausschreibung.

Es gibt genug Leute auf dem Markt, die es möglicherweise auch attraktiv finden. Es gibt Initiativbewerbungen. Da kann ich sagen: Ja, warten Sie noch mal bis zum 01.11., dann kriege ich vielleicht wieder eine Stelle. Das ist weltfremd für Leute, die in anderen Feldern arbeiten.

Wir kriegen gute Leute über den Seiteneinstieg, gar keine Frage. Die können wir auswählen, die kommen dann in die Auswahlkommission. Sie sind auch eine Bereicherung fürs Kollegium. In vielen Bereichen kriegen wir fast nichts über die klassische Lehrerausbildung. Dort möchte ich noch mal positiv das Kooperationsmodell zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten herausstellen. Das sollte man meines Erachtens weiter ausbauen. Wir fordern ständig auch Stipendien für Lehramtsstudierende, um das Ganze attraktiver zu machen und weiter darauf hinzuweisen.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen. Frau Engin fragte nach den Werkstattlehrkräften. Wir haben nicht nur Leute, die mit A 13 einsteigen, wir haben auch Leute, die mit A 9 einsteigen. Das sind bei uns die Werkstattlehrkräfte, die eine zentrale und wichtige Rolle spielen, gerade im Bereich Fachkräftesicherung in den Vollzeitbildungsgängen – Anlage B ist das im Berufskolleg –, wo sie im Prinzip mehr praktische Elemente erfahren. Die Stellen kriegen wir schon seit Langem kaum noch besetzt, weil A 9 als Bezahlung für einen Meister – im Bereich Chemie, Elektrotechnik, Industrie – unattraktiv ist. Andere Bundesländer zahlen bereits A 10. Das ist eine Variante.

Die andere Variante, die gar nichts kosten würde, wäre, wenn man es schaffen würde, eine Laufbahn einzurichten, sodass diese Leute berufsbegleitend – und zwar realistisch berufsbegleitend, ähnlich wie beim Quereinstieg – nach dem Studium eine entsprechende Entlastung erfahren und sich weiterqualifizieren können zur technischen Lehrkraft oder bis zum Studienrat. Wenn jemand weiß, ich bin in der Schule und habe die Chance, bis A 16 hochzukommen – das heißt ja noch lange nicht, dass sie das machen, aber dass die Chance generell da ist –, dann wird er wahrscheinlich bleiben. Wenn der Betreffende aber von Anfang weiß, da ist der Ofen aus, ich werde in der Berufsschule niemals das verdienen, was ich bislang verdient habe, dann wird er nicht in der Berufsschule arbeiten. So findet man keine Leute. Ein Beruf ist attraktiv, wenn er keine Sackgasse ist, sondern eine Perspektive eröffnet, um weiterzukommen.

Da ist meines Erachtens immer noch ein Riesenpotenzial, um Leute aus der Wirtschaft auch in Schule reinzubekommen, die praktische Erfahrungen mitbringen, die die Bereit-

schaft haben, sich weiter zu qualifizieren und dann eine realistische Chance bekommen, noch zu studieren und dann im System bleiben. – Du hattest noch eine Ergänzung.

**Olaf Schmiemann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Wir sind der CDU und den Grünen noch eine Antwort schuldig auf die Nachfrage nach – ich nenne es mal vorsichtig, auch wenn Sie das so nicht gesagt haben – kostenneutralen Alternativen. Da sind wir uns durchaus bewusst, dass das nicht funktioniert.

Zur Sinnhaftigkeit von Maßnahmen, die mittelfristig und langfristig Geld kosten, habe ich im ersten Statement schon etwas gesagt. Kurzfristig muss man so ehrlich sein, um zu sagen: Kostenneutrale alternative Maßnahmen kennen wir auch nicht. Aber aus Sicht des Verbands und auch der Schulleiterinnen und Schulleiter, die hier sitzen, kann man sagen: Ich habe nichts davon, wenn mein System von außen sauergefahren wird. Die Zitronen sind ausgepresst im System. Meine Lehrkräfte können nicht mehr.

Die noch weiter auszupressen, zu sagen, du darfst nicht mehr Teilzeit machen, führt nicht zum Erfolg. Wir haben in der Stellungnahme geschrieben: Jede Lehrkraft hat einen Grund für eine Teilzeit. Das macht keiner, weil er das schön findet. Keiner verzichtet absichtlich auf Geld. Aber die weiter auszuquetschen, hilft uns in den Schulen nicht weiter.

Da hätte man das Kapitel „Wertschätzung“ – das das Wort „Wertschätzung“, ich habe es durchsucht, im Übrigen nicht enthält – vielleicht auch mit dem Begriff „Wertschätzung“ füllen müssen. Man hätte sagen müssen: Wir kennen eure Not. Wir wissen, dass wir die Situation kostenneutral gerade nicht verändern können. Aber wir haben eine Perspektive für die Zukunft. Die fehlt uns im Handlungskonzept zu 100 %.

**Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung):** Ich bin zur Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern gefragt worden. Seiteneinstieg ist ein Wort. Aber die Gruppe, die dahinter steckt, ist total heterogen. Das geht von Menschen mit Master- oder Bachelorabschlüssen bis hin zu den Studierenden – Frau Gehrke hat es gesagt – oder bei den befristet Beschäftigten hin zu Personen ganz ohne berufliche Ausbildung. Da ist natürlich die Frage, wo man da ansetzt. Ich glaube, hier muss man sehr gut schauen, wo diese Personen gerade stehen. Deswegen müssen es vielfältige Angebote sein.

Wichtig ist, dass man die Personen, die bei uns unbefristet im Schuldienst sind und zum Teil noch zehn, 20, 30 Jahre bleiben, auch weiter qualifizieren muss. Denn es ist klar: Sie bleiben langfristig im Schulsystem. Herr Christoffer hat ganz richtig gesagt: Wir erleben hier auch sehr viel Frustration, wenn man neben der ausgebildeten Lehrkraft sitzt, die erheblich besser besoldet wird, wobei man am Ende dieselben Aufgaben macht. Das heißt, wir brauchen Qualifizierungsmaßnahmen, und die müssen zeitlich, qualitativ und quantitativ hinterlegt sein.

Wir brauchen aber auch Zeit für die betreuenden Lehrkräfte. Wir haben es schon mehrfach gesagt: Die Kolleg\*innen sind sehr belastet und können nicht mal nebenbei noch jemanden betreuen. Das klappt nicht. Das sehen wir gerade in den Schulen tagtäglich.

Eine höhere Qualifikation soll auch mit einer besseren Bezahlung einhergehen können. Es muss sich lohnen, sich weiterzuqualifizieren. Das sehen wir ganz deutlich so. Wichtig ist, dass man sich den Bereich der Entfristungen noch mal genauer anschaut. Denn die Ausbildungen, die in dem Bereich hinterlegt sind, sind auch sehr heterogen.

Zum MINT-Bereich: Herr Sina, Sie haben gesagt, Lehrkräfte sind gut bezahlt. Da würde ich gerne noch ein bisschen differenzierter hinschauen. Wir haben immer noch Ungleichheiten bei der Besoldung von Lehrkräften. Wir haben immer noch zwei Laufbahngruppen. Ich bin überzeugt, dass es sicherlich noch leichter wäre, Menschen in den Seiteneinstieg aus MINT-Fächern aus der Wirtschaft in die Schulen zu holen, wenn man sie in allen Schulformen in die Laufbahngruppe 2.2 einordnen würde.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank. – Ich eröffne die dritte Runde. Frau Kollegin Müller-Rech!

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Meine dritte Frage möchte ich an Frau Völxen, Frau Poth und an Frau Lensing stellen und aufgreifen, dass Sie, Frau Völxen, das Thema „Ganztag“ hier mit ins Gespräch gebracht haben.

Sie haben die Notwendigkeit betont, das Konzept des Ganztags mit der Unterrichtsversorgung stärker zu verknüpfen. Wie könnte Ihrer Meinung nach die Ganztagsbetreuung besser in den regulären Unterricht integriert werden, um die Bildungsqualität zu verbessern?

**Dennis Sonne (GRÜNE):** Ich habe eine Frage zu der Lehrkräfteausbildung, gepaart mit den multiprofessionellen Teams, aber auch grundsätzlich. Wir haben schon ein paar Punkte gehört.

Inwiefern kann und muss sich die Lehramtsausbildung verändern, damit zukünftige Lehrkräfte besser auf den Schuldienst vorbereitet werden und sich kompetent im multiprofessionellen Team bewegen können? – Die Frage geht an die GEW und den VBE.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Ich hätte noch eine Frage zu der Versorgungsquote mit Blick auf die Männer. Wenn man sich die Lehrkräfte unter 35 Jahren anschaut, zumindest, was wir bis 2021 vorliegen haben, zeigt das praktisch an allen Schulformen das, was Herr Sina eben angesprochen hat: Zwei Drittel sind Frauen, ein Drittel sind Männer – von den Grundschulen abgesehen, wo fast 90 % Frauen sind.

Ich würde die Frage am liebsten an alle stellen, das kann ich aber nicht. Deshalb werde ich mich einmal auf die berufsbildenden Schulen konzentrieren, Herr Suermann, die Vertreter der Grundschule, also Frau Gehrke, und Frau Poth, weil Sie alles abdecken. Was sehen Sie für Möglichkeiten im Hinblick auf die Attraktivitätssteigerung für Männer? Wie kann man diesen deutlichen Gender Gap ausgleichen? Dabei gilt, dass die Teilzeitquote bei Frauen höher liegt. Das wirkt sich entsprechend auf die Unterrichtsversorgung aus.

**Vorsitzender Florian Braun:** Ich sehe keine weiteren Fragen für diese Runde. – Dann würde ich vorschlagen, Frau Lensing, dass wir mit Ihnen beginnen.

**Caroline Lensing (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft):** Ich gehe zunächst auf den zweiten Punkt ein, die Frage nach der Lehrerausbildung, wie man den Umgang mit multiprofessionellen Teams in die Lehrerausbildung integrieren kann.

Man müsste auch das ins Programm aufnehmen. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Sache. Die Frage ist nur, ob man das in einem 18-monatigen Referendariat unterbekommt. Denn würden wir Inklusion und die anderen Aufgaben, die in den letzten Jahren auf die Kolleginnen und Kollegen zugekommen sind, in die Ausbildung integrieren wollen, dann müssten wir den Zeitraum der Ausbildung ausdehnen oder es zumindest ins Studium verlagern. Dann kommen wir auf die vorherige Forderung nach Bezahlung des Praxissemesters zurück. Denn dann kann man solche Dinge auch professionell in die Lehrer\*innenausbildung integrieren.

Zum Ganzttag würde ich gern an meinen Kollegen abgeben.

**Holger Thrien (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft):** Ja, das Thema „Ganzttag“ beschäftigt uns gerade sehr stark im Hinblick auf 2026. Zurzeit ist es noch so: Wenn wir was von der Kommune wollen, sagt die Kommune, das Land hat noch nicht ganz klar eingetütet, wie es werden wird. Die Kommune bei uns in Düsseldorf zum Beispiel möchte gerne den gebundenen Ganzttag an einigen Schulen einführen, was natürlich auch wieder ein ganz anderes Lernen darstellt, vom Unterrichtseinsatz der Lehrerinnen und Lehrern her. Da muss man auch wieder schauen, wie man das mit der Teilzeit hinbekommt.

Grundsätzlich sind wir gerade auf sehr vielen Baustellen beschäftigt. Auch da müssen wir erst mal die Leute finden, auch die Bildungsanbieter. Nach Corona sind uns viele Bildungsanbieter weggebrochen, die Angebote additiv in der Grundschule angeboten haben. Die haben in Corona Festverträge bekommen. Wir sind teilweise nicht in der Lage, die Bildungsangebote an die Schulen zu bringen, die wir gerne hätten.

Noch einmal: Ich glaube, man muss erst mal eine Bereitschaft im Kollegium herstellen. Es ist schon etwas anderes, ob ich den gebundenen Ganzttag mache oder den additiven Ganzttag. Sie können sich aber sicher sein, dass die Lehrkräfte alle frohen Mutes sind, solche Aufgaben anzugehen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir bräuchten jetzt schon ein klares Signal, wo es hingeht.

2026 ist zum Beispiel mit Blick auf bauliche Veränderungen an Schulen viel zu kurzfristig. Da wird sich nichts mehr großartig tun. Aber 2026 ist der Rechtsanspruch für die Erstklässler da, und dann müssen wir wieder schauen, wie wir den umsetzen. Da kann ich hier nur appellieren, wenn ich schon einmal hier bin: Stellen Sie Konzepte auf, die wir bald umsetzen können, damit wir Handlungssicherheit haben! Wir haben das Gefühl, es ist in vielen Bereichen noch zu schwammig.

Ich bin ein bisschen vom Thema abgekommen. Wir sind vorhin bei der Teilzeit gewesen. Viele Eltern fragen bei den Tagen der offenen Tür nicht mehr „wie ist Ihr inhaltliches Konzept?“ Die einzige Frage ist: „Haben Sie einen OGS-Platz für mein Kind?“ Das

kann man auch nachvollziehen. Es zieht sich durch die ganze Gesellschaft durch. Da appelliere ich einfach: Stellen Sie alles auf Go, auf Grün, was gehen kann, dass wir bald alles umsetzen können!

**Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung):** Ich fange mit dem Ganzttag an und gehe auch auf den gebundenen Ganzttag ein, denn das ist sicherlich die beste Möglichkeit, um Unterricht und Ganztagsbetreuung miteinander zu verknüpfen und um mehr zu gewährleisten als nur eine Betreuung – genau, wie es der Kollege gerade gesagt hat.

Hierfür brauchen wir dringend Standards, damit wir sicherstellen können, dass Kinder nicht einfach nur länger in Schule bleiben, sondern dass es ein qualitativ hochwertiger Ganzttag sein kann.

Zur Lehrerausbildung: Ich schließe mich der Forderung an, das Praxissemester zu entlohnen. Wir erleben gerade sehr viele Studierende, die während des Studiums auch schon in Schule arbeiten, für die es dann ein großer Rückschritt ist, wenn sie ins Praxissemester gehen, in der Zeit nicht weiterarbeiten können und dann ohne das Geld dastehen. Es ist sehr wichtig, dass das Praxissemester auch einen Ausgleich bieten kann.

Wir erleben auch, dass viele Studierende während des Studiums die Motivation verlieren, möglicherweise sogar das Studium beenden. Wir sprechen uns dafür aus, die Studierenden enger zu begleiten, um genau dies verhindern zu können. Ich halte es für sehr wichtig, dass hier Mentorinnen und Mentoren an der Seite sind, die Perspektiven aufzeigen können und ermutigen, beim Studium dabei zu bleiben.

Ich gehe noch mal zurück auf den Vorbereitungsdienst. Wir halten es für absolut wichtig, dass er bei 18 Monaten bleibt, eventuell sogar wieder auf 24 Monate ausgeweitet wird. Aber wichtig wäre, dass man auf keinen Fall weiter kürzt. Ich zitiere meinen Vorsitzenden: „Ausbildung statt Ausbeutung“ ist das Motto. Das halten wir für ausgesprochen wichtig.

Die Männer in den Schulen: Ich selber komme aus dem Grundschulbereich. Da wünschen wir uns seit jeher mehr Männer. Das kann ich so sagen. Das ist tatsächlich schwierig. Ich würde auch noch mal auf die Bezahlungsfrage abzielen, denn in der Tat ist es sicherlich eine Frage der Entlohnung, aber auch eine Frage des Images. Ich glaube, sehr viele Männer denken, wenn sie Lehrer werden möchten, eher ans Gymnasium oder an die Gesamtschule, weniger an die Schulen der Sekundarstufe I, an die Grundschule oder an die Förderschule. Hier muss man schon in den Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen ansetzen und einfach klar machen, dass Schule ein Ort ist, an dem alle gebraucht werden und es nicht nur ein weiblicher Arbeitsort ist.

**Michael Suermann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Zum Geschlecht der Lehrkräfte: Welches Geschlecht die Lehrkräfte meiner Kinder haben, ist mir total egal. Wir haben hervorragende Lehrkräfte im System. Wir haben Leute, die junge Menschen begeistern, die sie zu selbstständigen Säulen der Gesellschaft

werden lassen, die Innovation in die Gesellschaft, in die Wirtschaft hineinbringen. Wir haben wirklich tolle Leute.

Was ich für wichtig ansehe, ist, dass diese Leute auch weiterhin die Kraft haben, diese Begeisterung und diese Stärke bis zur Pensionierung oder Verrentung an die jungen Leute weiterzugeben. Das ist die entscheidende Größenordnung. Das ist genau das, weshalb wir uns Sorgen machen, nämlich hinsichtlich der umfänglichen Belastung, die immer mehr zunimmt, auch virtuell teilweise zunimmt. Plötzlich heißt es, ich darf nicht mehr auf Teilzeit gehen oder nur unter bestimmten Rahmenbedingungen. Selbst, wenn sie es gar nicht vorhaben, ist es plötzlich eine Hürde, die im Raum steht, die vorher nicht da war.

Das heißt, wir müssen den Beruf einfach attraktiver gestalten, sodass Lehrerinnen und Lehrer auch wirklich wieder echte Lehrkräfte sein können, für die Schülerinnen und Schüler da sind und sich nicht zu Tode organisieren, in den Pausen hin- und herhetzen, um die Sachen zu regeln, die zu regeln sind, die aber eigentlich nichts mit dem Unterricht zu tun haben. Ich glaube, das ist der einzige Weg, um es dieser Generation und vor allen Dingen der nächsten Generation wieder zu ermöglichen, in Schule einen Ort zu finden, der sie für ihre Zukunft positiv prägt.

Ich glaube, was unserer Gesellschaft generell fehlt, ist einfach die Zuversicht und das Vertrauen in die Zukunft. Das muss Schule leisten können. Die dürfen nicht irgendwo in Gruppen irgendwie abgearbeitet werden, Arbeitstitel machen, sondern sie sollten Visionen entwickeln, mit denen die Probleme der Zukunft gelöst werden können. Dafür brauchen wir starke Leute. Jeder Euro, den wir dafür ausgeben, ist es wert.

Was haben wir denn sonst? Wofür wollen wir das Geld denn sonst ausgeben? Das Einzige, was wir im Grunde genommen haben, ist die nächste Generation. Der müssen wir die Bildung zukommen lassen, die sie benötigt, um die Probleme, die wir teilweise angerichtet haben, zu lösen, wenn wir mal ehrlich sind. Von daher kann ich es überhaupt nicht nachvollziehen, in dem Bereich zu sparen.

**Schulleiterin Sandra Gehrke (Städtische Montessori-Grundschule Lindenstraße, Düsseldorf):** Versorgungsquote mit Männern: Bei mir im System gibt es, Gott sein Dank!, welche. Ich stelle fest: Sie suchen sich gegenseitig. Wenn es erst mal zwei, drei gibt, kommen automatisch mehr dazu. Ansonsten habe ich keine Fantasie dazu, wie man das im Grundschulbereich weiter unterstützen oder stärken sollte.

Zur Frage des Studiums würde ich den Vorschlag machen: Warum gibt es eine Trennung zwischen dem Sonderpädagogik-Studium und dem Lehramtsstudium für Regelschulen? Das erschließt sich mir nicht. In Zeiten von Inklusion finde ich, dass es insbesondere für den Grundschulbereich eigentlich ein Studienzweig sein müsste. Denn hinterher haben alle Grundschullehrkräfte auch mit dem Thema Inklusion zu tun. Insofern weiß ich nicht, warum es da nach wie vor völlig verschiedene Studiengänge gibt, und die Studierenden unterschiedliche Dinge lernen.

Im Ganztage haben wir bisher verschiedene Systeme, nämlich den additiven und den rhythmisierten Ganztage, die auch sehr unterschiedlich finanziert werden. Das ist teilweise problematisch, weil wir da das Problem haben, gerade im additiven Ganztage,

der bisher genauso offengestellt ist wie der rhythmisierte, dass es da deutlich weniger Erzieher\*innenstunden gibt. Das wiederum ist unattraktiv für die Erzieher\*innen. Die wollen ganze Stellen. Und wenn die keine vollen Stellen bekommen, wandern die ab in die Kitas oder in die rhythmisierten Schulen. Das heißt, man muss schon genau überlegen: Entweder werden alle Schulen rhythmisierte Schulen, oder aber es gibt für die additiven Schulen die Möglichkeit, genauso viele Erzieher\*innenstunden zu bekommen. Denn sonst ist es eine Benachteiligung des additiven Systems.

Dann ist die Frage: Wo kommen die Erzieher\*innen tatsächlich her? Im Moment ist es genau das gleiche Problem bei den Erzieher\*innen wie bei den Lehrkräften. Das heißt, auch da müsste man wieder eine Offensive starten. Es gibt diese PiA-Ausbildung, diese praxisintegrierte Ausbildung, die zunehmend attraktiver wird. Die kostet allerdings relativ viel Geld. Kleine Träger zum Beispiel können sich die schlichtweg nicht leisten. Wenn man da zum Beispiel Fördertöpfe auflegen würde und sagen würde, da wird investiert, dann hätten wir sehr schnell Erzieher\*innen, die auch da zur Verfügung stehen würden.

Eine Sache habe ich noch zum Thema „Schulbegleitungen“. Auch das ist eine Sache. Die Grundschule ist natürlich ein etwas anderes System. Ich habe Ihnen gerade voller Begeisterung zugehört, was Sie für ein Plädoyer für Schule gehalten haben. Ich habe Gänsehaut bekommen. Das fand ich sehr schön.

Ich bin allerdings immer noch in den sehr konkreten Dingen verhaftet und überlege, was es tatsächlich an Maßnahmen geben kann. Sie hatten vorhin auch danach gefragt, welche Ressourcen wir vielleicht noch heben können und welche Dinge wir noch machen können.

In Grundschule haben wir zum Beispiel sehr viele Kinder, die Schulbegleitung brauchen. Diese Schulbegleitungen sind immer Einzelfallhilfen. Das ist ein wahnsinnig langer, komplizierter Prozess. Da braucht es eine psychologische Diagnostik, an die man nicht kommt. Die Eltern sind teilweise nicht in der Lage, diese Anträge zu stellen. Es würde eine große Erleichterung im System Grundschule geben, wenn es Poollösungen gäbe. Wenn man einfach sagt: Es gibt für jede Grundschule einen bestimmten Pool an Integrationskräften, und die Schule kann darüber verfügen, wo die hingetan werden.

Dieser ganze Unterstützungsprozess – da schreibt die Schule wieder einen Schulbericht dazu, für jede Ferien, für jedes Kind, das im System ist – ist eine bürokratische Hürde, die das Leben schwermacht und die uns davon abhält, die Zeit im Unterricht für die Kinder zu investieren.

Was uns nicht hilft, sind neue Lernpläne, verbindliche Lesezeiten und weitere Vorgaben mehr, die uns permanent das Gefühl geben: Man muss die Sau nur oft genug wiegen, dann wird sie fett. Wir brauchen einfach Entlastungen im System.

Ich habe mich gefreut über den ersten Schritt, der in diese Richtung ging, dass wir nämlich keine schulinternen Arbeitspläne mehr für alle ausformulieren brauchen. Das war eine wirkliche Entlastung.

**Birgit Völxen (Landeselternschaft der Grundschulen NRW):** Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll das, was man die ganze Zeit vor sich herträgt, nämlich, dass Ganzttag tatsächlich ganztätig zu denken ist, auch umzusetzen. Umsetzen bedeutet, dass wir nicht nur den Lehrkräftemangel und den Fachkräftemangel bedauern müssen, sondern beides beheben müssen und dass Schule rhythmisiert aufgestellt wird. Da muss ich allerdings sagen, dass Eltern das nicht komplett alle wünschen. Man muss da sicherlich noch Systeme fahren, bei denen auch ein Weniger an Rhythmisierung möglich ist.

Nichtsdestotrotz: Wir haben eine Bildungs- und Betreuungsumfrage gemacht. Dabei ist klar herausgegangen, dass über 60 % der Eltern vier, eher fünf Tage Ganzttag brauchen – und das auch bis mindestens 15:00 Uhr, 16:00 Uhr. Das kommt dem rhythmisierten Ganzttag nicht nur nahe, das ist eine Einladung für rhythmisierten Ganzttag.

Fachkräfte zu gewinnen, wenn man diese nur für die Zeit von – ich sage mal – 11:30 Uhr bis ca. 16:00 Uhr, an manchen Schulen bis 17:00 haben möchte, aber sie in den Ferien ganztätig abgreifen will, sodass die keine zweite Stelle annehmen können, ist eine Utopie. Damit kommen wir auf keinen grünen Zweig. Das heißt: Wir plädieren dafür, dass Fachstellen eingerichtet werden, die ganztätig in der Schule sind. Wir werden sicherlich genügend Aufgaben finden, wenn man ein gemeinsames Verständnis von Bildung hat, um diese Fachkräfte nicht nur bezahlen zu können, sondern ihnen auch Aufgaben zu geben.

Das nächste ist der Bildungsbegriff. Der ist mir häufig zu kurz gegriffen. Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Bildung geschieht auch im Nachmittagsbereich und im Vormittag. Das ist Entdecken, das ist Sport, das ist Spielen. Bei unserer Umfrage kam klar heraus, dass das soziale Lernen ein ganz wichtiger Faktor für Eltern ist. Es ist sicherlich durch die Coronapandemie noch mal hervorgekommen. Das alles kann man gemeinsam sicherlich besser lösen.

Frau Poth hat die Qualität und die Standards angesprochen. Uns wäre es ein Anliegen, dass die Standards greifen und nicht nur Minimalstandards sind und dass man gemeinsame Zeiten verabredet, dass Lehrkräfte und Fachkräftepersonal im OGS-Bereich auch Zeiten haben, wo sie gemeinsam an den Dingen arbeiten können, miteinander Zeit haben zu sprechen und zu planen. Das muss finanziell hinterlegt sein. Und das muss zeitlich hinterlegt sein.

Noch mal das klare Plädoyer: Eltern sind auf qualitativ hochwertigen Ganzttag angewiesen, weil sie sonst nicht in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können. Wir haben festgestellt: Lehrkräfte brauchen Betreuung. Sämtliche Fachkräfte – Arbeitnehmer, Arbeitgeber – sind darauf angewiesen, dass Schule ganztätig läuft. Was hier noch nicht so angesprochen worden ist: Die Chancengerechtigkeit, die wir uns wünschen, erreichen wir nur durch qualitativ hochwertigen Ganzttag, nicht dadurch, dass irgendeine Verwahrung da ist. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass der Fachkräftemangel durch attraktive Arbeitsplätze und ein gemeinsames Bildungsverständnis behoben wird.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank für Ihre Stellungnahmen. Ich schaue, ob es weitere Fragen gibt. – Das ist der Fall. Frau Kollegin Müller-Rech, bitte.



**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ich möchte zu einem weiteren Thema aus dem Handlungskonzept Unterrichtsversorgung der Landesregierung kommen, nämlich zu den Abordnungen. Es ist zum Teil schon angerissen worden, dass Lehrkräfte innerhalb des Grundschulsystems, aber auch von Gymnasien an die Grundschulen abgeordnet worden sind, auch gegen den Willen der Beteiligten. Teilweise wurden auch Abordnungen gerichtlich aufgehoben.

Meine Frage geht an Frau Gehrke, Herrn Sina und an Frau Poth. Könnten Sie uns schildern, wie das Thema „Abordnungen“ in den Kollegien bzw. innerhalb Ihrer Verbände diskutiert wird? Welche Anreize sehen Sie, um Lehrkräfte freiwillig zum Schulwechsel zu motivieren? Was müsste dafür getan werden?

**Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE):** Weil Frau Gehrke und auch Herr Sina schon punktuell über Entlastung gesprochen haben, wollte ich da noch mal ganz konkret nachfragen. Auch der VBE schildert in seiner Stellungnahme, dass unter anderem die Reduzierung vakanter Schulleitungsstellen unter den Aspekt Entbürokratisierung fallen könnte, dem quasi enthoben werden könnte. Wie konkret könnte Entbürokratisierung hier aussehen? Gerne auch am handfesten Beispiel. Die Frage geht an Frau Gehrke und Herrn Lachner.

**Vorsitzender Florian Braun:** Ich schaue, ob es weitere Fragen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir mit Frau Poth und Herrn Lachner, bitte.

**Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung):** Ich beginne mit der Frage zu den Abordnungen. Das ist auch für uns als Lehrerverband ein wirklich schwieriges Thema, weil wir einerseits sehen, dass wir eine sehr ungleiche Versorgung mit Lehrkräften haben, andererseits auch die Lehrkräfte schützen möchten, die von Abordnungen bedroht sind.

Welche Reaktionen hat es gegeben? Das Thema und auch die drohenden Abordnungen haben für sehr viel Unruhe gesorgt, eigentlich fast überall. Wir sehen das Ganze sehr kritisch, denn wir sehen hier eine starke Belastung für unser Bestandspersonal. Man muss sagen, das Bestandspersonal sind diejenigen, die am wenigsten für diese Situation können. Das heißt, sie sollen jetzt diese Situation retten, die sie selber gar nicht verschuldet haben.

Diese Abordnungen haben für sehr viel Unruhe in sehr vielen Kollegien gesorgt. In der ersten Runde wurden sie sehr kurzfristig angekündigt. Da mussten sehr schnell unangenehme Entscheidungen getroffen werden, zum Teil erst in den Sommerferien, sodass Lehrkräfte sich nicht einmal ordentlich von ihren Klassen verabschieden konnten. Im zweiten Durchgang wurde es sehr früh angekündigt. So hing dann das Drohgespenst der Abordnung sehr lange über sehr vielen Personen.

Dazu kommt, dass bei den Kaskadenabordnungen im Bezirk Münster sehr viele Systeme betroffen gewesen sind, sodass sehr viele Kinder, sehr viele Eltern und auch sehr viele Kollegien betroffen waren und lange nicht wussten, wie es denn mit ihnen weitergeht. Das heißt, Abordnung ist für uns kein probates Mittel, die Unterrichts-

versorgung auszugleichen, weil man eine Lücke stopft und auf der anderen Seite ein neues Loch entsteht. Denn wenn man ehrlich ist: Grundschulen sind kaum noch wirklich gut besetzt. Das heißt, man verteilt den Mangel gleichmäßig.

Wenn ich in eine andere Schulform schaue: Ich selber komme aus der Stadt Duisburg. Da wird innerhalb von Förderschulen abgeordnet. Da gibt dann eine Schule, die mit 86 % besetzt ist, an eine Schule ab, die mit knapp über 50 % besetzt ist. Ob das wirklich die Lösung des Problems ist, wage ich zu bezweifeln.

Mit Anreizen zu arbeiten ... Wir setzen wenn, dann auf freiwillige Abordnungen. Man kann, glaube ich, nur das Schlimme etwas leichter machen. Es gibt Trennungsschädigungen. Aber das wirkt alles nicht wirklich lange. Ich glaube eher, man müsste den Lehrkräften zeitlich entgegenkommen. Denn wir wissen auch – das ist jetzt gerichtlich festgesetzt –, dass Abordnungen über sehr weite Strecken theoretisch zumutbar wären. Was wir schlimm fänden, wäre, wenn Abordnungen mit bis zu 80 km tatsächlich umgesetzt würden. Aber in jedem Fall wird länger gefahren. Das müsste man zeitlich an anderer Stelle ausgleichen.

Zur Entbürokratisierung: Da fällt mir spontan das Startchancen-Programm ein, ein Programm, das wir sehr begrüßen, weil über einen sehr langen Zeitraum auch ein hoher Geldbetrag, hohe finanzielle Mittel den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Wir stellen gerade fest, dass bei den ersten Schulleitungen die anfängliche Euphorie so ein bisschen verpufft, weil doch wieder viel Bürokratie auf sie zukommt. Ich glaube, es ist ganz klar, dass Arbeit reingesteckt werden muss und diese Standortbestimmung sicherlich für die Schulen Aufwand mit sich bringt, der dann hinterher hoffentlich Früchte trägt. Aber hier muss man wirklich aufpassen, dass den Schulen durch zu viel Bürokratie und zu viel Papierkram diese finanziellen Mittel und auch die Teilnahme an dem Programm nicht sauer aufstoßen – oder das Programm sogar abgelehnt würde. Das wäre fatal aus unserer Sicht. Vielleicht das als ein Beispiel.

**Schulleiterin Sandra Gehrke (Städtische Montessori-Grundschule Lindenstraße, Düsseldorf):** Zu der Geschichte mit den Abordnungen kann ich sagen: Das ist im Kollegium auf jeden Fall angstbesetzt. Das ist das vorrangige Gefühl, das da umgeht.

Tatsächlich haben wir uns intensiv damit auseinandergesetzt, haben das transparent gemacht und überlegt: Nach welchen Kriterien wird denn eine Abordnung tatsächlich kommen? Wir sind jetzt in einer widersinnigen Situation. Es gibt zum Beispiel für Düsseldorf – ich weiß nicht, wie andere Städte das genau handhaben – eine Liste. Da steht drin, mit soundso viel Prozent Personalquote ist die Schule besetzt. Wenn man zu den besser ausgestatteten Schulen gehört, dann ist auf jeden Fall klar, dass an die schlechter ausgestatteten abgeordnet wird. Das ist das, was Sie gerade beschrieben haben: Der Mangel wird umverteilt.

Das heißt, wir überlegen jetzt schon: Besetzen wir Vertretungsstellen, die uns eigentlich zustehen, nicht, damit wir in dieser Liste schlechter dastehen, damit wir nach Möglichkeit nicht in die Abordnung reinkommen? Lassen wir also Stellen liegen, damit wir nach Möglichkeit schlecht aussehen, um nicht in die Situation zu kommen, nachher eine Vertretungsstelle zu besetzen, denn dann würde uns eine der grundständig

ausgebildeten Klassenleitungen abgezogen? Die Vertretungsstellen dürfen nämlich nicht abgezogen werden. Das ist schon eine ziemlich verrückte Situation, wo wir nicht so genau wissen, welches Schicksal am wenigsten schlimm ist.

Da eine Freiwilligkeit reinzubringen, sehe ich als ziemlich schwierig an, ehrlich gesagt. Vielleicht, wenn man den Kollegen verbindlich sagt „du bist ein Jahr oder zwei da, und dann kommst du auf jeden Fall wieder zurück an unseren Ort“. Das könnte ich mir vielleicht noch bedingt vorstellen. Aber auch das ist schwierig.

Zum Thema „Entbürokratisierung“. Da dachte ich erst mal: Ich weiß gar nicht, wo ich genau anfangen soll. Erst mal gibt es für jeden Teilbereich in unserem kleinen Grundschulsystem trotzdem irgendeinen Beauftragten: Beauftragter für Digitalisierung, für Kultur, für Sicherheit, für alle möglichen Dinge. Je kleiner das System, umso mehr kumulieren natürlich die Ämter. Man weiß also gar nicht mehr, wie man das alles überhaupt unter einen Hut bringen soll.

Ich habe es vorhin schon mal mit den Schulbegleitungen angesprochen. Es ist ein wahnsinniger bürokratischer Aufwand, die jedes Mal zu beantragen, jedes Mal Schulberichte dazu zu schreiben. Wir haben andere Bereiche, in denen so etwas auch existiert. Wenn wir Elterngespräche zum Beispiel führen, müssen wir Übersetzer beantragen, jedes Mal große Formulare ausfüllen und das Ganze mitschicken. Neuerdings werden die auch nicht mal mehr bezahlt.

Dann gibt es Bereiche, was zum Beispiel die Gelder in den verschiedenen Töpfen angeht. In Schule ist es so, dass es für alles ein kleines Töpfchen gibt. Es gibt einen Fortbildungsetat, es gibt einen Etat „Sachkosten“, es gibt für alles einen Extraetat. Es wird den Schulen offenbar nicht zugetraut, einfach einen Etat zu bekommen und selber zu entscheiden, was gerade vor Ort wichtig ist. Einfach ein bisschen weniger Restriktionen, stattdessen den Schulen einfach sagen: Ihr macht das nach bestem Wissen und Gewissen für das, was vor Ort jetzt gerade wirklich wichtig ist! Keiner kauft sich davon ein neues Outfit, sondern das ist alles nur für die Schule in derem Sinne.

Da einfach den Schulen mehr zuzutrauen, nicht das Gefühl zu vermitteln, wir müssen an jeder Stelle engmaschigst kontrollieren, das wäre schon eine große Hilfe.

**Martin Sina (Rheinische Direktorinnen- und Direktorenvereinigung):** Ich wurde zu den Abordnungen gefragt. Ich schildere das einmal aus der Sicht der Gymnasialen. Das ist ganz anders als das, was wir jetzt gehört haben, aber auch, glaube ich, ganz interessant, weil es das Bild vervollständigt.

Bei uns ist es so: Wir haben im Moment unheimlich viele Abordnungen. Jedes Gymnasium hat je Zug so 1,5 bis 2 Abordnungsstellen, einfach durch die Vorgriffsstellen für 2026,27, den vollständigen Umstieg nach G9. Ich schildere mal ein paar Skurrilitäten, die da passieren.

Sie kriegen eine Abordnung, Sie stellen jemanden ein und haben nicht darauf geachtet, wie viele Vordienstzeiten diese Person hat. Dann wird irgendwann in den Sommerferien festgestellt: Oh, der hat schon 1.000 Stunden gemacht. Dann wird der von einer Vollabordnung auf eine Halbabordnung gesetzt. Diese Halbabordnung dauert dann bis

zu dem Zeitpunkt, wo er lebenszeitverbeamtet ist, also beispielsweise bis zum 26. Oktober oder bis zum 15. Juni, und dann geht er mit voller Stelle an die Grundschule.

Oder andersrum: Jemand ist mit voller Stelle an der Grundschule, hat auch Vordienstzeiten, und dann stellt man fest: Oh, diese Person muss die Lebenszeitverbeamtung jetzt am Gymnasium machen. Und dann kommt die vier Wochen vor Schuljahresende auf einmal mit halber Stelle ans Gymnasium und fällt in der Grundschule natürlich nicht von 28 auf 14, sondern jetzt gilt das Deputat des Gymnasiums. Sie fällt von 28 auf 12,75 bzw. 12,5 an der Grundschule, weil mehr Stunden an der Stammschule gemacht werden müssen.

Man einigt sich dann mit der Grundschule unter der Hand, lässt die Person da in Ruhe ihre Klassenleitung machen. Er gibt nur vier oder fünf Stunden an der eigenen Schule und hofft, dass niemand klagt und dass es keine Probleme gibt. Das sind so diese Skurrilitäten. Das ist hochgradig ungerecht. Wir haben Kolleginnen und Kollegen, die zwei Jahre abgeordnet werden. Andere werden vier Jahre abgeordnet.

Man muss ganz klar sagen: Grundschule ist ein ganz anderer Beruf. Das heißt zwar Lehrer, aber Gymnasiallehrer und Grundschullehrer, das sind zwei unterschiedliche Professionen. Ich kann verstehen, dass Sie sagen: Lasst unsere Grundschulleute doch mehr Sonderpädagogik mitstudieren. Das illustriert das auch wunderbar. Das ist tatsächlich näher beieinander als das, was ein Philosophielehrer in der Oberstufe macht. Wir können mit Diplomphysikern etwas anfangen.

(Zwischenruf: Wir nicht.)

– Genau so sieht es aus.

Freiwillige Motivation für Abordnungen: Wir konnten es zumindest in Köln an den Gymnasien weitgehend über freiwillige Abordnungen regeln – sie waren tatsächlich immer auf zwei Jahre begrenzt –, sodass sich an den Schulen die Anzahl von Menschen, die abgeordnet werden mussten, gefunden haben.

Ich weiß aber von Grundschulen, dass die nicht sehr glücklich mit diesen Menschen sind. Sie können die nicht richtig gut einsetzen. Die können Kindern nicht Rechnen und Schreiben beibringen. Wenn die jetzt Fachlehrer sind und zum Beispiel Religion und Sport haben, können auch noch Schwimmunterricht geben, dann ist das noch ganz nett. Aber die können nicht in der ersten Klasse eingesetzt werden. Die können keine Klassenleitung machen. Das funktioniert alles nicht.

Ich glaube, die Bilder, die wir hatten, von Löcher-Stopfen und die Aussage, dass wir in einem System ein Loch aufreißen, um ein anderes zuzumachen, sind korrekt. Ich habe große Sorgen davor, wie es ausgeht, wenn diese Lehrer alle an die Gymnasien kommen. Die freuen sich wie Bolle, dass sie da hinkommen, wo sie unterschrieben haben. Aber da werden auch richtig Löcher aufgerissen.

Ich möchte noch eine Sache kurz sagen, obwohl ich nicht gefragt worden bin, Thema „Entbürokratisierung“. Wir hätten gerne mehr echte Selbständigkeit, das heißt, mehr Personalverantwortung – echte Personalverantwortung –, wir hätten gerne mehr Verantwortung für Finanzen. Wir haben immer noch keine vernünftigen Schulkonten. Wir

können immer noch nicht Klassenfahrten rechtssicher organisieren und, und, und. Ich kann Ihnen da eine ganze Latte von Dingen aufzählen.

Wir drücken uns nicht vor der Arbeit. Wir hätten gerne einfach die Mittel, diese Arbeit machen zu können. Das würde uns als Schulleitungen wirklich helfen.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank. – Ich schaue in die Runde. Gibt es weitere Fragen? – Das ist der Fall. Frau Kollegin Müller-Rech!

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ich möchte das Thema „Bürokratie“ noch mal aufgreifen, weil es im Maßnahmenkonzept Unterrichtsversorgung das Thema „Schulverwaltungsassistenten“ gibt, das dort noch mal aufgegriffen wurde.

Im letzten Haushalt wurden dafür Stellen gestrichen. Die Begründung dafür war, dass diese nicht besetzt werden konnten. Ich möchte Herrn Christoffer, Herrn Sina und Frau Poth fragen, was denn aus Ihrer Sicht getan werden muss, um diese Stellen zu besetzen.

**Vorsitzender Florian Braun:** Weitere Fragen sehe ich für den Moment nicht. – Herr Sina, wollen Sie direkt noch einmal?

**Martin Sina (Rheinische Direktorinnen- und Direktorenvereinigung):** Sehr gerne. Es ist tatsächlich ein heißes Thema. Es gibt so wenige Stellen, dass man als Schule kaum drankommt. Wenn man dann eine bekommt, hat man dann – Herr Suermann hat es wunderbar geschildert – Planwirtschaft gegen Marktwirtschaft. Das ist das Gefühl, was wir da tatsächlich haben. Ich habe dann enge Zeitslots, in denen ich was ausschreiben, jemanden finden muss. So funktioniert das nicht.

Wir brauchen als Schule zum Beispiel ein Budget für MPTs. Dann kann ich daraus vielleicht auch zwei Schulbegleiter mit ein paar Stunden einkaufen. Ich brauche einen Schulverwaltungsassistenten. Wenn ich den finde, kann ich den einstellen, wenn ich den nicht finde, stelle ich vielleicht eine Schulkrankenschwester ein. Es gibt viele Aufgaben in Schule, die massiv Schule entlasten würden. Wir brauchen diese Verlässlichkeit, diese Langfristigkeit an Personalmitteln. Ich garantiere Ihnen: Wenn klar ist, Schule als Arbeitsplatz ist zum Beispiel für Krankenschwestern, für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, für Schulpsychologinnen und -psychologen, aber auch für Menschen, die als Schulbegleiter geeignet sind, aber keine tolle Ausbildung haben, möglich – da kann man in Schule arbeiten –, dann werden die Leute Schule auch als attraktiven Arbeitsplatz ansehen.

Das wissen wir von denen, die als Schulverwaltungsassistenten in Schule arbeiten. Das sind oft Leute, die aus der öffentlichen Verwaltung kommen, mittlere Verwaltungslaufbahn. Wenn die in Schule sind, sagen die: Boah, das hätte ich früher machen sollen! Das ist ein cooler Job. Ich habe nur mit freundlichen Menschen zu tun – die haben es ja gut. Die geben keine schlechten Noten, die geben Pflaster aus oder sorgen dafür, dass die Bücher da sind oder die iPads funktionieren und all solche Sachen. Die haben noch ein Ladegerät in der Hinterhand. Das sind einfach Menschen, die eine Chance haben, einen wirklich tollen Arbeitsplatz auszufüllen, der eine hohe Berufszufriedenheit

bietet. Ich glaube, wenn wir diese Arbeitsplätze an Schulen haben, dann werden sich Menschen finden, die die haben wollen. Aber die brauchen wir dann bitte eigenverantwortlich.

**Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung):** Ich stimme Herrn Sina zu. Ich nehme eine starke Diskrepanz wahr, weil ich sehr oft gefragt werde: Ich möchte gern eine Schulverwaltungsassistentin haben, wie komme ich denn da dran? Ich bekomme keine Stelle dafür.

Ich kann es nicht wirklich beurteilen. Es scheint tatsächlich so zu sein, dass hier noch stark an der Bewerbung für diese Stellen und am Einstellungsverfahren gearbeitet werden muss. Ich glaube auch, dass Schule hier ein sehr attraktiver Arbeitsplatz sein kann.

Wahrscheinlich wird man den hochspezialisierten IT-Fachmann oder die IT-Fachfrau hier nicht finden. Vielleicht muss da in der Bezahlung noch etwas verändert werden. Aber ich glaube schon, dass es viele Bereiche gibt, in denen Bewerberinnen und Bewerber tatsächlich da sind, wenn sie denn wissen, wie der Arbeitsplatz genau aussieht, was sie dort tun werden und wie sie dort aufgenommen werden. Ich bin mir sicher, dass sie dort sehr gut gebraucht werden.

**Sven Christoffer (Lehrer NRW):** Im Grunde genommen hat Wibke Poth das jetzt gut dargestellt. Viel mehr Fantasie habe ich auch nicht: Erstens an der Stellschraube Bezahlung drehen, was auch nicht ganz einfach ist, aber zweitens denke ich auch, dass das Land da in einer Konkurrenzsituation steht. Wir haben auch da einen gewissen Fachkräftemangel. Insofern muss man vielleicht auch noch etwas offensiver darüber nachdenken, wie man solche Stellen bewirbt, ob man da neue Wege oder Kanäle sucht.

**Vorsitzender Florian Braun:** Ich eröffne die nächste Runde. – Frau Müller-Rech.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Eine letzte Frage habe ich noch. Ich darf mich schon mal für die Beantwortung bedanken. Diese letzte Frage geht an Frau Lensing, Frau Poth und Herrn Suermann.

Ein weiterer Punkt aus dem Maßnahmenkonzept Unterrichtsversorgung ist die Ausweitung der Studienplätze. Das droht aktuell in Aachen zu scheitern, diskutieren wir auch hier im Landtag. In Aachen war jetzt die Grundschullehrkräfteausbildung gemeint. Aber es betrifft auch andere Fächer, die vom Lehrkräftemangel betroffen sind, wo es als sinnvoll erachtet wird, die Studienplätze auszuweiten, um dem Lehrkräftemangel auch langfristig zu begegnen.

Wie bewerten Sie das aktuelle Engagement der Landesregierung im Hinblick auf die Ausweitung der Studienplätze?

**Caroline Lensing (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft):** Es werden Versuche unternommen, die Studienplätze zu erhöhen, aber aus meiner Sicht nicht ausreichend.

Wie alles liegt es letztlich an der Bildungsfinanzierung und auch am Hochschulfreiheitsgesetz. Wir müssen mehr Studienplätze einrichten.

Es kann nicht sein, dass der Numerus clausus für das Grundschullehramt nach wie vor so hoch ist und nicht genügend Kolleginnen und Kollegen ausgebildet werden, gerade im Bereich Primarstufe und im Bereich der Sonderpädagogik. Da muss dringend mehr unternommen werden. Anders werden wir da nicht drankommen. Aber zusätzlich braucht es natürlich eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Berufes, so dass es auch die richtigen Kolleginnen und Kollegen anzieht, in diese Fächer zu gehen.

**Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung):** Erst mal ist es natürlich wichtig, dass die Anzahl der Studienplätze erhöht wird. Das muss ein zentrales Anliegen sein. Denn das ist nun mal der Weg, über den wir grundständig ausgebildete Lehrkräfte erhalten. Das vielleicht als Erstes.

Die Anzahl der Studienplätze ist schon erhöht worden. Ich bin aber der Meinung, dass das sicher nicht ausreichen wird. Ich denke, es ist sehr wichtig, hier über Finanzierungen nachzudenken. Soweit ich informiert bin, sind diese Studiengänge für die Universitäten nicht lukrativ genug. Da muss man an dieser Stelle auch ansetzen.

Ich halte es aber auch für wichtig, dass nicht nur auf dem Papier die Anzahl der Studienplätze erhöht wird. Wir hören immer wieder davon – das war auch heute schon einmal Thema –, dass es unglaublich schwierig ist, an bestimmte Kurse, bestimmte Vorlesungen, bestimmte Scheine zu kommen. Dann ist wichtig, dass auch die Kapazitäten an den Universitäten erhöht werden. Denn sonst bleibt diese Maßnahme am Ende wirkungslos. Denn wenn ein Masterstudium erheblich länger als zehn Semester dauert, haben wir auf Dauer auch nichts davon.

**Michael Suermann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Grundsätzlich aus der Rolle, die ich hier habe, kann ich das nur befürworten, dass man die Anzahl erhöht. Aber ich kenne es auch: Ich hatte das Glück, dass ich bei diversen Akkreditierungsverfahren an Hochschulen dabei sein durfte. Die haben teilweise einstellige Kohorten. Da ist natürlich die Frage, wenn man weitere Hochschulstandorte aufmacht: Wo kommen die Studierenden her?

Eine Chance ist die Ausweitung der Kooperationsmodelle, sodass man die Hochschulen für angewandte Wissenschaften entsprechend mit einbezieht und die jungen Leute anschließend an den Universitäten weiter ausbildet. Es geht darum, den Talenten, die man findet, auch einen guten Weg zu bieten weiterzumachen.

Eine große Problematik haben wir im Bereich der Berufskollegs. Das ist die längste Ausbildung, die es im Lehramt gibt, weil die noch ein einjähriges Praktikum oder eine Berufsausbildung dazu haben müssen.

Es kommt noch eine Hürde hinzu. Wenn ich mich für ein Lehramt fürs Berufskolleg entscheide, habe ich keine Chance, anschließend am Gymnasium zu unterrichten. Wenn ich ein Lehramt auf Gymnasium studiere, kann ich aber am Berufskolleg unterrichten. Ich weiß das von meinem Sohn, der eigentlich gerne Lehramt fürs Berufskolleg

studiert hätte. Der studiert jetzt fürs Lehramt ans Gymnasium, weil er dann immer noch die Wahl hat. Außerdem ist das Studium ein Jahr kürzer.

Es sind systematische Schwachstellen im System, die dazu führen, dass bestimmte Schulformen beim Nachwuchs benachteiligt werden. Wenn man die Quantitäten in der Lehrkräftebedarfsanalyse sieht, dann ist es im Grunde schwer verständlich, warum man an diesen Stellschrauben nicht dreht. Wir haben auf der einen Seite ein Überangebot und auf der anderen Seite ein Unterangebot. Ich kann jeden jungen Menschen verstehen, der sagt: Nein, eigentlich würde ich es ganz gerne machen, aber, ehrlich gesagt, muss ich ein Jahr länger die Ausbildung machen, kriege nicht mehr Geld und habe hinterher nicht mehr die Wahl. Das sind sicherlich Stellschrauben, an denen man einfach drehen könnte, die nicht mal etwas kosten würden. Trotzdem sind wir dankbar für jede weitere Möglichkeit, um Quantitäten zu bekommen.

**Olaf Schmiemann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs):** Es ist eben schon gesagt worden: Bezahlt es Praxissemester war ein Stichwort. Unser Problem gerade in den Berufskollegs ist, dass die jungen Leute heute immer mehr ihr Studium irgendwie finanzieren müssen. Da gibt es in den Schulen wenig Jobs, aber in der Industrie ganz viele. Wenn die Studierenden während des Bachelor-Studiums in der Industrie arbeiten – die Industrie weiß, wie man gute Leute halten kann –, verlieren wir sie oft fürs Berufskolleg.

Alternativen zu finden, wie man ein Studium auch als Lehramtsstudierender finanzieren kann, indem man in Schulen arbeitet, da wäre noch einiges aufzuholen. Das könnte auch dazu führen, dass die Leute dabeibleiben und wir mehr Nachwuchs generieren, als es im Moment gelingt.

**Vorsitzender Florian Braun:** Vielen Dank. – Ich sehe tatsächlich keine weiteren Fragen. Dann darf ich mich an dieser Stelle herzlich bei Ihnen allen bedanken für Ihre Zeit, für die engagierte Aussprache, für ihre Expertise. Wir danken ebenfalls an dieser Stelle dem Sitzungsdokumentarischen Dienst für die Erstellung des Protokolls, das uns dann zur finalen Auswertung im Ausschuss zur Verfügung gestellt wird.

Ich freue mich, die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten morgen wieder im regulären Ausschuss wiederzusehen. Wir treffen uns um 10:00 Uhr. Ich wünsche Ihnen heute einen guten Heimweg und einen guten Tag.

gez. Florian Braun  
Vorsitzender

**Anlage**

25.10.2024/31.10.2024



Stand: 25.10.2024

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Ausschusses für Schule und Bildung**Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung scheitert - Ministerin setzt Scheuklappen auf**  
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/8888am Dienstag, dem 1. Oktober 2024  
14.00 bis (max.) 16.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream**Tableau**

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Michael Suermann Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW e. V. Vorsitzender Düsseldorf	<b>Michael Suermann</b> Olaf Schmiemann	<b>18/1806</b>
Stefan Behlau Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW e. V. Vorsitzender Dortmund.	<b>Wibke Poth</b> Robert Lachner	<b>18/1807</b>
Ayla Çelik Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	<b>Caroline Lensing</b> Holger Thrien	<b>18/1798</b>
Sandra Gehrke Schulleiterin Städt. Montessori-Grundschule Düsseldorf	<b>Sandra Gehrke</b>	<b>18/1830</b>
Martin Sina, OStD RhDV Rheinische Direktorinnen- und Direktorenvereinigung (Vorsitzender) Abtei-Gymnasium Brauweiler Pulheim	<b>Martin Sina</b> Bruno von Berg	<b>18/1800</b>
Landeselternschaft der Grundschulen NRW e.V. Birgit Völxen Bochum	<b>Birgit Völxen</b>	<b>18/1813</b>

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Sven Christoffer Vorsitzender Lehrer NRW Linnich	<b>Sven Christoffer</b>	<b>18/1785</b>

**weitere Stellungnahmen:**

Philologenverband Nordrhein-Westfalen

Stellungnahme 18/1812